

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Gewerkschaft im Lohnkampf S. 18

Letzte Meldung:

Westmächte treten
Friedenswillen des
kurdischen Volkes
mit Füßen!

Abdullah Öcalan

an die Türkei
ausgeliefert

Solidarität mit dem
kämpfenden
kurdischen Volk!



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	2
Kosovokonflikt: Internationales Protektorat	3
Scharping in der Gedenkstätte des KZ Auschwitz	4
Stichwort: Bataillon	5
Zur Hessenwahl	6
IG Metall zu Schilys Staatsbürgergesetz	7

Auslandsberichterstattung

Frankreich: CGT im Sog des Konstruktiven	8
WEU-Osterweiterung	9
Lohnentwicklung in der Tschechischen Republik	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Stuttgart: Familienpaß soll abgeschafft werden!	13
Wuppertal: Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor	14
Düsseldorf: Widerstand gegen Verwaltungsreform NRW	15
Hamburg: Veranstaltung 100 Tage Rot-grün in Bonn	15
Eisenhüttenstadt: Plattform gegen Rechts	15
O-Ton	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
IG Metall Tarifrunde: Aktueller Stand	18
BASF: Initiative für Beschäftigung	19
Papierverarbeitung: Übertarifliche Zahlungen	20

Diskussion und Dokumentation

Zur Konzeption der Politischen Berichte	21
Parlamentarische Initiativen der PDS 1999/2000	23
Buchkritik: Die Linke und die Staatsschuld	25

Letzte Seiten

Lektüreempfehlung: Über die Achtung und Würdigung der Opfer	27
---	----

Termine	28
---------------	----

AKTUELL

IN BONN NS-ZWANGSARBEIT

TER: Die Berichte über die Kredite der Deutschen Bank für das KZ Auschwitz – die SS-Geschäfte und Verbindungen der Dresdner Bank waren schon länger bekannt – haben den Druck auf deutsche Konzerne, endlich die von ihnen ausgebeuteten Zwangsarbeiter angemessen zu entschädigen, beträchtlich erhöht. Deutsche-Bank-Chef Breuer und Kanzleramtsminister Hombach eilten letzte Woche zu zweitägigen Gesprächen in die USA. Am 16. Februar wollten 16 Konzernvertreter mit Kanzler Schröder über die Schaffung eines „Entschädigungsfonds“ sprechen. Auffällig ist, daß noch immer niemand mit den Zwangsarbeitern in Osteuropa gesprochen hat. Die PDS-Abgeordneten Wolfgang Gehrke und Ulla Jelpke kündigten am 11. Februar eigene Schritte an: „Die PDS will erreichen, daß die Mitte Mai endende Verjährungsfrist für Individualklagen zur Erlangung von Entschädigungsleistungen der Betriebe aufgehoben wird. Sie sichert den Vertreterinnen und Vertretern der Überlebenden der NS-Zwangarbeit jede mögliche Hilfe zu. Den Überlebenden muß individuell, wirksam, schnell und unbürokratisch geholfen werden.“ Vordringlich sei die Schaffung der versprochenen Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Zwangarbeit“. „In den von der Bundesregierung vorgelegten Haushaltsansätzen für das laufende Jahr sind keine Mittel für eine solche Stiftung ausgewiesen“, kritisierten sie. „Zudem ist es erforderlich, daß die Bundesregierung endlich die Organisationen der Opfer von NS-Zwangarbeit an den Diskussionen beteiligt. Im Rahmen der Kampagne ‚Gerechtigkeit für Zwangsarbeiter‘ werden die Opferverbände vor allem die Klagen der Opfer aus den osteuropäischen Ländern gegen die Nutznießer der verbrecherischen Menschenshinderei – genannt NS-Zwangarbeit – vor deutschen Gerichten weiter vorantreiben, ebenso wie die öffentliche Information über die Rechte der Überlebenden. Dabei wird die PDS sie unterstützen.“

MEHR PFLEGEDELD: Das Bundeskabinett hat am 10. Februar Verbesserungen bei der Pflegeversicherung beschlossen. Das Gesetz sieht u.a. vor, bei teilstationärer Pflege in Pflegestufe zwei und drei die Leistungen von 1 500 auf 1 800 DM und von 2 100 auf 2 800 DM monatlich zu erhöhen. Stirbt eine versicherte Person, so wird das Pflegegeld für den Monat des Todes nicht mehr zurückgefordert. Ob das Gesetz in Kraft tritt, ist nach der Hessenwahl offen, denn die FDP hat bisher jede Ausweitung der Pflegeversicherung strikt abgelehnt. Der PDS-Abgeordnete Ilja Seifert kritisierte die Verbesserungsvorhaben als ungenügend: „Die Nachbesserungen von Höchstbeträgen bei der teilstationären Tages- oder Nachtpflege für die Pflegestufen II und III sowie die Übernahme der Kosten für

die Pflegepflichteneinsätze sind sicher ein Schritt in eine richtige Richtung. Trotzdem bleiben sie ein Tropfen auf den heißen Stein. Für ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben auch für den Fall, daß jemand ständig begleitende Assistenz benötigt, bedarf es der generellen Qualifizierung und Reformierung des Systems. Damit käme endlich das ursprüngliche sozialpolitische Ziel wieder ins Blickfeld, die Betroffenen nicht in die Sozialhilfe fallen zu lassen. Nach einer von der Hans-Böckler-Stiftung in Bremen erstellten empirischen Untersuchung ‚Die Auswirkungen der 2. Stufe der Pflegeversicherung auf die Hilfe zur Pflege in Einrichtungen‘ benötigen z.B. 80% der Hilfeempfänger trotz Pflegeversicherung nach wie vor Sozialhilfe.“

SAISON-LANDARBEITER: Landwirtschaftsminister Funke hat angekündigt, er werde die Begrenzungen für den Einsatz ausländischer Saisonarbeiter in der Landwirtschaft weiter lockern. Die alte Bundesregierung hatte vor einiger Zeit angekündigt, die Anwerbung ausländischer Saisonarbeiter zu begrenzen, dafür sollten inländische Arbeitslose stärker zu Saisonarbeiten bei der Ernte verpflichtet werden. Das scheint nicht zu genügen. Funke will den Arbeitsämtern bei der Entscheidung, wie der Bedarf an Saisonarbeit gedeckt wird, wieder freie Hand geben. Wenn nicht genügend Arbeitslose zur Verfügung stünden, sollen Saisonarbeiter aus Osteuropa rekrutiert werden.

WOHNUNGEN PRIVATISIERT: Noch im Februar will Bundesbauminister Müntefering über den Verkauf von 112 600 Wohnungen im Bundesbesitz entscheiden. Die meisten sind Wohnungen von Eisenbahn-Beschäftigten. Zwei Bietergruppen konkurrieren um den Zuschlag: eine Gruppe von zehn Landesentwicklungs- und privaten Wohnungsgesellschaften bietet netto 4,6 Milliarden DM, die bereits im Haushalt eingeplant sind. Die Gewerkschaft der Eisenbahner hat eine AG aus 18 Eisenbahner-Wohnungsgesellschaften gebildet, deren Angebot aber in diesem Jahr nur 2 Mrd. DM netto einbringen soll. Der Hauptpersonalrat der Eisenbahner hatte im Vorjahr die Verkaufspläne von Münteferings CDU-Vorgänger Wissmann gestoppt, weil bei der Privatisierung der Bahn vertraglich zugesagt worden war, die Wohnungen als betriebliche Sozialeinrichtungen zu erhalten, und auf Mitspracherechten und Sicherheiten der Alt-Mieter bestanden.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Vom 23. bis 26.2. berät der Bundestag über den Haushalt 1999 und den Finanzplan des Bundes. Am 26.2. steht auch die Anhebung des BAföG auf der Tagesordnung. Ebenfalls am 26.2. beraten die EU-Regierungsschefs in Bonn über die EU-Reform. Am 4.3. März soll der Bundestag über die Regierungsvorhaben zu Steuerreform, Öko-steuer und 630-DM Jobs entscheiden.

Kontaktgruppe will internationales Protektorat Bundeswehr sichert mit Soldaten und Waffen

Anfang Februar fand in München die „Tagung für Sicherheitspolitik“ statt, früher bekannt unter dem Namen Wehrkundetagung. Was die Besetzungsliste der Tagung angeht, so kann man davon ausgehen, daß die politischen, militärischen und ökonomischen führenden Mächte in München vertreten waren. Was dort diskutiert wird, hat keinen unerheblichen Anteil an den zukünftigen weltweiten Entwicklungen.

In der Presse wurde vor allem ein Konflikt zwischen Europa und den USA ausgemacht. Während die amerikanischen Vertreter eine Ausweitung des NATO-Einsatzgebietes mindestens bis zum Nahen Osten forderten, wäre die Position der europäischen Vertreter eher zurückhaltend ausgefallen. Zweiter Streitpunkt sei die Frage der Mandatierung von Militäreinsätzen durch den UNO-Sicherheitsrat. Hier will die USA Lockerung. Die Europäer seien für Beibehaltung der jetzigen Lage. Sicher kann man feststellen, daß die heftigste Gegenposition gegen die US-Pläne von Seiten Frankreichs und Rußlands kam. Aber wie reagierte die deutsche Regierung? Hochkarätig war sie zum Treffen aufgefahren. Bundeskanzler, Bundesaußenminister und Bundesverteidigungsminister legten in ausführlichen Referaten die Position der Bundesregierung dar. Und die hat es in sich. Was die weltweite Ausweitung des expansiven europäisch-deutschen Interesses betrifft, so spricht die Bundesregierung eine deutliche Sprache, die man unter der Kohlregierung nur verklausuliert formulierte bekam. So heißt es in der Rede des Bundeskanzlers:

„Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist an den Werten des Friedens, der Menschenrechte und einer nachhaltigen, demokratischen Entwicklung ausgerichtet. Das sind originär europäische, aber ebenso universelle Werte, auf die auch die nordatlantische Allianz gebaut ist. Dabei sind Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung, gerade angesichts der Globalisierung, weit mehr als ein politisch-philosophisches Ideal. Die Wahrung der Menschenrechte, das hat uns nicht zuletzt die Asienkrise gezeigt, sind auch für die Wirtschaft ein bedeutsames Prinzip: Ohne umfassende Freiheiten gibt es keine wirklich freien Märkte. Ohne ökologische Nachhaltigkeit und ohne freie Entfaltung der Individuen gibt es keine Investitionssicherheit. Und was für die Wirtschaft gilt, gilt für die Sicherheitsarchitektur der Welt erst recht.“

In diesem Sinne muß unsere Außen- und Sicherheitspolitik ein Beitrag zur globalen Zukunftssicherung sein. Nen-

nen wir es ruhig: als Export politischer Stabilität.“

Wie diese Art von globaler Zukunftsicherung zur Investitionssicherheit aussieht, kann man nun an einem praktischen Beispiel direkt vor der Haustür demonstrieren. Die Kosovokrise ist für diese „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) ein willkommener Anlaß, den Worten Taten folgen zu lassen.

In diesen Tagen treffen sich die beteiligten Gruppen und Vertreter der Kontaktgruppe, um über die Neugliederung des Kosovo zu verhandeln. Über was wird aber verhandelt? Der neue Stil der europäischen Außenpolitik wird hier deutlich. Die Kontaktgruppe hat einen Plan vorgelegt, der schon das Ergebnis des Verhandlungsprozesses festlegt. Er war Voraussetzung für das Treffen, und das Tref-



Auschwitz-Komitee zu Scharpings Äußerungen beim Bundeswehr-Gedenkstättenbesuch

Am 13. Februar hat eine Delegation von uniformierten Bundeswehrsoldaten, geleitet von Bundesverteidigungsminister Scharping (SPD) und begleitet vom polnischen Verteidigungsminister Onyszkiewicz, die Gedenkstätte des KZ Auschwitz in Polen besucht (Bild). SPD-Minister Scharping nutzte ausgegerechnet die Gelegenheit dieses Besuches, um erneut die deutsche Beteiligung am Bosnien-Einsatz und die geplante Entsendung von Bundeswehrsoldaten zu einer vom UN-Sicherheitsrat nicht autorisierten Militäraktion im Kosovo zu rechtfertigen. Sprecherinnen und Sprecher des Auschwitz-Komitees protestierten am 15. Februar gegen seine Äußerungen und das uniformierte Auftreten der deutschen Soldaten:

„Der Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat bei einem ersten Besuch einer Abordnung der Bundeswehr in Auschwitz, diesem Ort des Gedenkens an den millionenfachen Mord, dazu benutzt, um zu begründen: „Darum ist die

Bundeswehr in Bosnien“ und daß sie darum „wohl auch in das Kosovo gehen“ wird.

Soll vergessen sein, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serben von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinweggingen? Soll vergessen sein das Massaker an hunderttausenden Serben, begangen von Deutschen im Zweiten Weltkrieg?

Ausgerechnet mit Auschwitz wird gerechtfertigt, daß wieder deutsche Soldaten – gegen die UNO-Charta handelnd – in Jugoslawien eimarschieren. Wir sind fassungslos, ja entsetzt darüber, daß der Verteidigungsminister das Gedenken an Auschwitz hierzu mißbraucht!

Wir finden es zudem äußerst geschmacklos, daß die Bundeswehrsoldaten zur Gedenkstätte in Uniform erscheinen.

Auschwitzkomitee in der Bundesrepublik: Esther Bejarano (Vorsitzende), Peter Gingold (Mitglied des Auschwitzkomitees, Bundessprecher der VVN-BdA)

fen dient eigentlich nur dazu, die Zustimmung der Konfliktparteien festzulegen.

Was dekretiert der Plan der Kontaktgruppe? Die *Neue Zürcher Zeitung* beschreibt den Plan der Kontaktgruppe: „Der Kosovo-Plan der internationalen Kontaktgruppe sieht de facto die Errichtung eines internationalen Protektorats vor, mit dem Chef der OSZE-Überprüfungsmission als Gouverneur.“

Und so sieht das im einzelnen aus:

Der Kosovo-Plan, so wie er vorliegt, zeichnet in elf Artikeln und drei Anhängen ein Grundgerüst für eine „demokratische Selbstregierung“ Kosovos. Innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Jugoslawien entsteht ein Quasistaat mit allem, was dazugehört: Präsident, Parlament, Regierung, Gerichten. Diese Behörden sind albanisch dominiert, entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung; es sind aber für Minderheitenvertreter Sitze reserviert. Besonderes Gewicht erhalten die Gemeindeverwaltungen; sie werden nach dem lokalen Bevölkerungsproportz zusammengesetzt. Wahlen sollen schon neun Monate nach Vertragsunterzeichnung stattfinden.

Kosovo steht, laut Vertragsentwurf der Kontaktgruppe, weitestgehend außerhalb der Rechtsordnung der Bundesrepublik Jugoslawien und der Republik Serbien; diese müssen ihre Verfassungen und Gesetze den Vorschriften des Vertrags anpassen, nicht umgekehrt. Über die Umsetzung des Vertrags wacht der Chef der OSZE-Überprüfungsmission in Kosovo; dieses Amt hat nach wie vor der Amerikaner William Walker inne. Er wird laut Entwurf mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet und entscheidet in Streitfällen; seine Stellung gleicht der eines Gouverneurs in einem internationalen Protektorat. Nach drei Jahren soll eine Überprüfung des Abkommens stattfinden. Ein Referendum über volle Unabhängigkeit ist nicht geplant, aber auch nicht ausgeschlossen. Bis auf weiteres wird der jugoslawische Dinar an die Staatszugehörigkeit Kosovos erinnern.

Auflösung der Militärverbände

Daß die Herrschaft Serbiens über Kosovo beendet werden soll, zeigt sich vor allem im Anhang 2 über Polizei und Sicherheit. Nach dem Willen der Kontaktgruppe müssen die serbischen Spezialtruppen samt Ausrüstung sofort nach Vertragsabschluß aus Kosovo abziehen. Die übrigen Truppen des serbischen Innenministeriums werden ebenfalls sofort auf 2500 Mann abgebaut. Innerhalb eines oder höchstens zweier Jahre nach Vertragsabschluß sind auch diese Restbestände gestaffelt aus Kosovo abzuziehen. Das Oberkommando über die serbische Polizei in Kosovo liegt während der Abzugsphase beim Chef der Überprüfungsmission. Bestand und Bewaffnung der jugoslawischen Armee werden stark eingeschränkt. Gerade 1500 Mann sollen in drei Kasernen in Grenznähe stationiert

Stichwort: **BATAILLON**



Die Armee ist in Einheiten gegliedert, deren Führer Disziplinargewalt über seinen Untergebenen hat. Von unten nach oben unterscheidet man: Kompanie, Bataillon, Regiment, Brigade, Division, Korps, Führungskommando. Ab dem Bataillon spricht man von einem Verband, der einen Stab hat und von einem Kommandeur geführt wird. Das II. Korps der Bundeswehr, Führungsstab in Ulm, soll ein „verstärktes mechanisiertes Bataillon mit Kampfpanzern LEOPARD II und Schützenpanzern MARFER sowie dazugehörigen Führungs-, Unterstützungs- und Logistikteilen“ entsenden. Die Presse spricht von insgesamt 3300 Mann, neben Späh- und Transportpanzern würden „rund 50 schwere Kampfpanzer Leopard 2 A5 und Schützenpanzer 1 A3“ entsandt. Damit schickt die BRD erstmals einen Verband ins Ausland, der selbständig taktische Kampfaufträge ausführen kann, ein deutscher Kommandeur würde deutsche Truppen im Einsatz führen. („The Germans to the Front“ soll der britische Oberkommandierende 1905 beim Einsatz einer multinationalen Truppe in China befohlen haben, bis heute blieb der Truppe der Ruhm unvergessen).

Die Art der Bewaffnung zeigt, daß man den Zusammenstoß mit Einheiten

der jugoslawischen Armee sucht. Kampfpanzer werden v.a. im Kampf der Panzerverbände eingesetzt („Nur Panzer können Panzer schlagen“). Für die Auseinandersetzung im durchschnittenen oder auch bebauten Gelände sind sie letztlich nur mäßig geeignet. Obwohl die politisch-moralische Wirkung in Städte einrasselnder Panzerfahrzeuge betäubend groß ist, könnten gut informierte und ausgerüstete Gegner wirksame Panzerabwehrmittel anwenden. Die Entsendung der Leopard 2 A5 enthält daher eine Botschaft an die jugoslawische Armee: Sie soll im Kosovo punktuell gestellt und im verbündeten Gefecht mit der überlegenen NATO-Luftwaffe aufgerieben werden.

Die Armeeführung weiß, daß das nicht unblutig vor sich gehen wird. Nach Pressemeldungen bereitet das II. Korps, die Soldaten jetzt „in psychologischen Seminaren auf Verwundung und Tod“ vor.

Wie? Wird die Panzertruppe an kameradschaftlichen Abenden das alte, grölige Lied üben: „... trifft uns die Todessku-u-gel, ruft uns das Schicksal a-a-ab, dann wird unser Pa-a-anzer ein ehernes Gra-a-ab“, während der Kommandeur sich schon zurückgezogen hat und in einem alten Briefsteller nachliest: „... tief ergriffen mitteilen, daß ihr Sohn, (Gatte, Bruder usw.) in tapferer (vorbildlicher, selbstverständlicher) Pflichterfüllung ...“ – denn so begegnet der führende Soldat dem Tod. Bedeutsamer als der Tod, den die Soldaten erleiden – in aller Deutlichkeit: sie sollten besser verweigern! – ist der Tod, den sie über andere bringen. Der Staat schickt Soldaten ins Ausland, die Gesellschaft kriegt Mörder zurück.

maf

sein; ihr Aktionsgebiet wird auf einen fünf Kilometer breiten Streifen an der Grenze begrenzt.

Auch die Tage der Befreiungsarmee Kosovo sind laut Vertragsentwurf gezählt: „Innerhalb dreier Monate nach Abschluß dieses Abkommens werden alle vorhandenen paramilitärischen und irregulären Kräfte in Kosovo aufgelöst“, wird verlangt. Den Zeitplan dazu erstellt wiederum der Chef der Überprüfungsmission. Waffen mit Kaliber „über 7,62 Millimeter“ werden von der Kommission eingesammelt und zerstört. Nach dieser Formulierung werden bewaffnete Zivilisten – Albaner wie Serben – ihre Kalaschnikows behalten können; deren Kaliber ist genau 7,62 Millimeter.

Stärkung albanischer Strukturen

An die Stelle der serbischen Polizei – und der Polizei der Befreiungsarmee in den von ihr kontrollierten Gebieten – treten 2700 Gemeindepolizisten. Der Aufbau der Gemeindepolizei wird von der Überprüfungsmission überwacht; ihre Ausbildung erhalten die Beamten in einer neu

zu schaffenden Polizeischule. Sie sollen nach Möglichkeit aus der örtlichen Bevölkerung rekrutiert werden. Auch sonst liegt das Hauptgewicht der neuen Verwaltung bei den lokalen Behörden. Sie verfügen über eigene Steuereinnahmen und sind jeweils nach der örtlichen ethnischen Bevölkerungszusammensetzung zu wählen.

Der Kosovo-Plan entspricht in dieser Form am ehesten dem Vorschlag für die Errichtung eines internationalen Protektorats, wie er vom Präsidenten der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, schon früher gemacht wurde. Den albanischen Separatisten geht er nicht weit genug; sie beharren auf voller Unabhängigkeit. Verschiedene Führer der Befreiungsarmee dürften mit der Auflösung ihrer Verbände nicht einverstanden sein, da damit für sie unweigerlich ein Machtverlust verbunden ist. Die Führung in Belgrad hat eine Herauslösung Kosovos aus serbischer Rechtshoheit bisher strikt abgelehnt.

Daß ein solcher Plan nicht ohne Hilfe von NATO-Truppen umgesetzt werden

kann, ist für die Kontaktgruppe keine Frage. Was die Bereitstellung von Soldaten und Waffen angeht, ist die Bundesregierung wieder einmal vorgeprescht. In einer Mitteilung des Bundesverteidigungsministeriums wird stolz vermeldet, was auf dem Balkan einrücken soll: „Bundesminister der Verteidigung Rudolf Scharping hat die Aufstellung von Verstärkungskräften der NATO-Notfallschutztruppe für die OSZE-Mission genehmigt. Aufstellung, Vorbereitung und Ausbildung erfolgen durch das II. Korps in Ulm. Kern der Verstärkungskräfte ist ein verstärktes mechanisiertes Bataillon mit Kampfpanzern LEOPARD II und Schützenpanzern MARDET sowie dazugehörigen Führungs-, Unterstützungs- und Logistikteilen. Teile dieser Kräfte können auch Kern eines deutschen Kontingentes als Beitrag zu einer NATO-Friedenstruppe werden, wenn dies nach Abschluß eines Friedensvertrages zwischen den Konfliktparteien erforderlich wird. Zur Führung der Verstärkungskräfte wird ein Brigadestab eingesetzt, der auch zur Führung multinationaler Kräfte befähigt ist. Die Entscheidung von Verteidigungsminister Scharping betrifft ausschließlich die Aufstellung, Vorbereitung und Ausbildung und entspricht dem Willen der Bundesregierung, sich im Notfall an Maßnahmen der NATO zur Herauslösung der OSZE-Beobachter zu beteiligen. Der Einsatz ist abhängig von der weiteren politischen und militärischen Entwicklung im Kosovo und steht unter dem Vorbehalt einer Entscheidung der Bundesregierung sowie der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestages.“

Daß der Bundestag diesem Treiben zustimmen wird, ist als sicher anzusehen. Nachdem die Grünen ihre antimilitaristischen Positionen Stück für Stück verkaufen, wird dem weltweiten Einsatz deutscher Truppen bald nichts mehr im Wege stehen. Vielleicht gibt es aber doch noch einige Haltepunkte, die eine antimilitaristische Position stärken können. Angelika Beer, verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion, weist in einem Interview mit der Zeitung *Jungle World* vom 3.2.99 auf einen wichtigen Entwicklung hin:

„Fakt ist, daß wir 340 000 Bundeswehrsoldaten haben und eine NATO, die beabsichtigt, im April ein militärisches Konzept zu verabschieden, das möglicherweise die Selbstmandatierung des Bündnisses beinhaltet – also einen generellen Verzicht auf völkerrechtliche Mandate. Das gilt es zu verhindern, was man aber nicht erreicht, indem man sagt: Ich will damit nichts zu tun haben, sondern nur, indem man in die reale Diskussion eintritt. Dieser Aufgabe stellen sich die Grünen, und das schmäler nicht ihren Antimilitarismus.“ Nun, dann mal ran! Wie wärs mit einem Zusammengehen mit der PDS in dieser Frage, die bisher als einzige Bundestagsfraktion an dieser antimilitaristischen Position festhält? hav

Die europäische Politik liefert Öcalan an Ankara aus

Kurdische Tragödie, wievielter Akt?

Wieviele kurdische Tragödien hat die Welt in den letzten Jahren mehr oder minder teilnahmslos mitangesehen?

1975 das Abkommen von Algier. Kurdische Peschmerga unter Barzani hatte – unterstützt von Iran, Israel und USA – gegen das Regime in Bagdad für Selbstbestimmungsrechte, kurdische Autonomie gekämpft. Nachdem der Schah von Persien seinen Territorialstreit mit dem Irak im „Abkommen von Algier“ am 6. März 1975 beigelegt hatte, zogen er, die USA und Israel die Unterstützung für die KDP zurück. Diese mußte sich geschlagen geben, Mustafa Barzani floh in die USA, wo er 1979 starb.

1988 Halabja. Während der Militäroperation „Anfal“ des irakischen Regimes werden mehr als 4 000 kurdische Dörfer und 25 Städte zerstört. 182 000 Kurdeninnen und Kurden sollen damals getötet worden sein, Hunderttausende vertrieben. Grausiger Höhepunkt: der Giftgasangriff auf Halabja, der über 5 000 Menschen das Leben kostet. Noch heute leiden Zehntausende unter den Spätfolgen. Ausrüstungen und Rohstoffe für das Giftgas kamen auch aus Deutschland.

Dann der Sturz des Schah-Regimes. Kaum an der Macht, schlagen die Mullahs die kurdische Bewegung brutal nieder. Auch im Exil wird die kurdische Bewegung weiter gehetzt: Dr. Ghassemloou, Vorsitzender der iranischen KDP, wird 1989 in Wien ermordet, 1992 werden in Berlin im Restaurant Mykonos der neue Vorsitzende Dr. Scharafkandi und drei Begleiter umgebracht.

Der Golfkrieg. Wieder lassen sich die südkurdischen Organisationen vom Westen in einen unvorbereiteten Aufstand gegen Saddam Hussein hineintreiben. Der Aufstand wird niedergeschlagen, eine furchtbare Flucht von Kurdeninnen und Kurden setzt ein, die die Türkei an ihrer Grenze stoppt. In der Folge wird Südkurdistan zur „UN-Schutzzone“ erklärt. Die angebliche „Selbstverwaltung“ von KDP und PUK geht binnen kürzester Zeit am Streit um Schmuggelerlöse u.a. Differenzen zugrunde. Mehrere Invasionen der türkischen Armee zum Kampf gegen die PKK folgen und verwandeln die „Schutzzone“ – von der UNO unwidersprochen – in ein Kriegsgebiet der türkischen Armee.

Das Bündnis Israel-Türkei verstärkte den Druck gegen die kurdische Bewegung. Faktisch kann sich die türkische Armee seitdem sowohl der Hilfe der USA als auch israelischer Militärs sicher sein. Nachdem die kurdische Guerilla zeitweise eine Situation militärischen Gleichgewichts mit dem Militär erkämpft hatte – tagsüber kontrollierte türkisches Militär die Straßen und Städte, nachts die Guerilla – gelingt es den Militärs mit massiver Hilfe des Westens

– allein die BRD liefert zeitgleich zum PKK-Verbot in Deutschland hunderttausende Kalaschnikows, gepanzerte Fahrzeuge u.a. Waffen aus NVA-Beständen – über 3 000 kurdische Dörfer zu zerstören und ca. 3 Millionen Kurdeninnen und Kurden aus ihren Dörfern zu vertreiben. Von Militärs und Geheimdienst gelenkte und mit der Rauschgiftmafia verbündete Todesschwarzwadrone morden kurdische Oppositionelle, Journalisten, Politiker, Gewerkschafter. Parteien wie HEP und DEP werden verboten, kurdische Abgeordnete ins Gefängnis geworfen.

Und jetzt? Mit einer kühnen Aktion hatte sich die PKK-Führung Ende 1998 aus einer schwierigen Verbindung mit der syrischen Politik gelöst und die kurdische Frage der europäischen Öffentlichkeit vorgelegt. Der PKK-Vorsitzende hatte sich als persönlicher Botschafter nach Europa begaben. Wie hat die europäische Politik darauf reagiert? Sie hat den Gesandten in die Hände der türkischen Folterer geliefert! Die ganze Niedertracht, zu der europäische imperialistische Politik in der Lage ist, geht wieder auf die kurdische Emanzipationsbewegung nieder. Die Repression in der Türkei wird jetzt noch mehr zunehmen. Man muß vermuten, daß die europäische Politik ab dem Balkan und weiter ostwärts Militärstiefel und terroristische Regime, denen Menschenleben und Menschenwürde nichts gelten, für unverzichtbar hält.

Was wird geschehen? Noch am Abend der Verhaftung Öcalans in Kenia hatte das ZK der PKK in einer Eilerklärung zu Besinnlichkeit aufgerufen: „Das kurdische Volk auf der ganzen Welt soll sich gegenüber dieser lebenswichtigen Lage sehr sensibel verhalten und vorbereitet sein; niemand soll auf eigene Faust etwas unternehmen und... abwarten“, hieß es. Die bei Redaktionsschluß anhaltenden Besetzungen griechischer Konsulate sind Verzweiflungsaktionen. Wie sie ausgehen, kann zur Stunde niemand sagen. Die Auslieferung Öcalans sei das Ergebnis von Druck der USA und Türkei auf Griechenland und windigen Versprechen Ecevits betr. Zypern, wird in kurdischen Kreisen gemutmaßt.

Kurz vor der Festnahme Öcalans hatte es aus kurdischen Kreisen geheißen, der von Öcalan angekündigte PKK-Kongreß sei abgeschlossen. Die PKK gehe davon aus, daß die europäischen Mächte derzeit nicht für eine politische, demokratische Lösung der kurdischen Frage zu gewinnen seien. Der Guerillakrieg gegen das türkische Regime werde also in Kürze wieder aufgenommen. Jetzt wird diese Entwicklung sicher noch eine andere Dynamik bekommen.

Die kommenden Tage und Wochen werden zeigen, ob die kurdische Bewegung, MED-TV, die kurdischen Parteien, die Guerilla in den Bergen die Kraft haben, nach der Verhaftung des PKK-Vorsitzenden weiter für ihre gerechten Ziele zu kämpfen.

Die europäische Politik hat in der kurdischen Frage – wie vor 75 Jahren mit dem Abkommen von Lausanne – wieder einmal schwere Blutschuld auf sich geladen.

rül, 16.2., 13 Uhr

Hessen bringt unter den Bundesländern zur Zeit die höchste wirtschaftliche Pro-Kopf-Leistung. Das Land hat viele Standortvorteile, so den systematischen Ausbau Frankfurts zum großen Geschäftsplatz, den Großflughafen, Einrichtungen der Atomindustrie. Der zweifelhafte Charakter dieser Vorteile ist seit Jahrzehnten Anlaß erbitterter politischer Kämpfe gewesen: Häuserkampf, Startbahn West, Anti-Atom. Die Landeswahlergebnisse in Hessen fallen knapp aus. Mal kann das konservativ liberale Lager eine Mehrheit überzeugen, daß noch bessere Verwertungsbedingungen für das Kapital der wirtschaftlichen Lage aller zugute käme, mal die Rot-Grünen, daß dem gnadenlosen Verwertungstrieb zum Schutz von Mensch und Umwelt Schranken gezogen werden sollten. Um so erstaunlicher ist es, daß am Ausgang dieser Wahlen eine Frage der politischen Sitten ausschlaggebend gewesen sein soll, nämlich die ausländerfeindliche Unterschriftensammlung der CDU. Die Konsequenz für die Bundespolitik wurde von der SPD rasch gezogen. Die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft wird weiter erschwert, es soll eine doppelte Staatsbürgerschaft auf Zeit geben. Damit verbunden ist von einer Änderung der Verfassung die Rede, die Anerkennung der Staatsbürgerschaft verbietet. Ausdrücklich wird gesagt, diese Verfassungsbestimmung sei als Reaktion auf die Methode der Nazis entwickelt worden, ganze Bevölkerungsgruppen auszubürgern. Heute hingegen würde man Einzel- fallprüfungen vornehmen. So hört man es aus der SPD/FDP Koalition in Rhein-

land-Pfalz, auf die es für eine Bundesratsmehrheit in Sachen Staatsbürgerschaftsrecht angeblich ankommt. Eine genauere Analyse der Wahl wird zeigen, daß die Union nicht wegen ihrer ausländerfeindlichen Hetze gewonnen hat, sondern wegen ihres Konzeptes der führenden Rolle der Wirtschaft.

Rot-Grün gibt sich leidend: die Bevölkerung macht nicht mit! Aber wobei auch? Schröder, der doch wissen mußte, daß die Lohnquote niedrig steht und die Gewerkschaftsbewegung in diesem Jahr das Lohn- und Gehaltsniveau heben muß, wenn sie nicht Zweifel an ihrer Daseinsberechtigung lostreten will, hat sich auf diesen absehbaren Fall nicht vorbereitet, mault bloß rum, die Regierung könne einen Streik nicht brauchen. Fischer, der lange Jahrzehnte Zeit hatte, sich mit dem außenpolitischen Problemfeld vertraut zu machen, hat nicht eine neue außenpolitische Idee, sondern folgt den Spuren Kinkels in die Kriegsverstrickung. Oft heißt es, die Grünen und in gewissem Maße auch die SPD litten unter unrealistischen Erwartungen ihrer Klientel. Sollen die Leute ihrer Erwartungen zurückschrauben? Wenn kein Frieden erreicht werden kann: in den Krieg ziehen? Wenn das Kapital nicht angemessene Löhne und Gehälter zahlen will: darben? So doch nicht. Die Ansprüche der linken Wählerschaft: – Frieden, wirtschaftliches Auskommen, Demokratie – sind bescheiden genug. Realpolitiker, die solch schlichte Interessen aufgeben, versagen gerade im Realen der Politik, wo aus Kritiken Alternativen zu entwickeln wären.

maf

Die Parteien zum Ergebnis der Hessenwahlen

Hessen und die Folgen

FDP fordert Änderung der Energie- und Wirtschaftspolitik

Der FDP-Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, Brüderle, forderte von der Bundesregierung eine Änderung ihrer Energiepolitik:

„Die Hessenwahl ist auch die Quittung für falsche energiepolitische Weichenstellungen von Rot-Grün in Bonn. Das Gezerre um die Gespräche zum Energiekonsens, zur Frage des Ausstiegs aus der Wiederaufarbeitung und zur Atomgesetznovelle, insbesondere aber das unabgestimmte und törichte Vorgehen des Bundesumweltministers Jürgen Trittin, der Ideologie vor technologischen und wirtschaftlichen Sachverständigen stellt, hat das Faß in Hessen zum Überlaufen gebracht ... Wie lange noch will die SPD die zukunftsfeindliche und irrationale Energiepolitik der Grünen mittragen?“ (9.2.) Die Bundestagsabgeordnete Gudrun Knopp ergänzt Forderungen zur Wirtschaftspolitik: „Das schwindende Vertrauen ist in der Wirtschaft, vor allem im Mittelstand, besonders groß. Mit ihrer ‚Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück‘-Politik verprellt

Rot-Grün nicht nur Unternehmer, auch die Arbeitnehmer bleiben auf der Strecke. Statt den Rat von Sachverständigen für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen anzunehmen, setzt die neue Bundesregierung diese aufs Spiel. Das beschäftigungsfeindliche Procedere um die 630-DM-Jobs, das Schwarzarbeit fördert, oder auch die sogenannte ökologische Steuerreform, die hohen Energieverbrauch belohnt und im Gegenzug gerade Kleinverdiener und den Mittelstand über Gebühr belastet, verdeutlichen das rot-grüne Chaos, das in Hessen nun zur Abwahl geführt hat.“ (8.2.99)

CDU: Presseberichte

Von der CDU lag keine schriftliche Bewertung des Wahlausgangs in Hessen vor, wohl aber werden Vorstandsmitglieder in Presseberichten zitiert. Die Süddeutsche Zeitung stellt Mitglieder in Kochs künftigem hessischen Kabinett vor. Umweltminister werde z.B. wieder Karl-Heinz Weimar.

„Weimar bekam damals eine Rüge des hessischen Verwaltungsgerichtshofs, weil

er Vorabstimmungen für den Betrieb der Atomfabrik Alkem in Hanau in Teilgemeindungen umwandelt, um die Anlage am Laufen zu halten. Weimars Nachfolger Joschka Fischer stellte fest, daß der Umweltminister Ministeriums-Unterlagen über die Hanauer Atomfabrik bei der Betreiberfirma Siemens gelagert hatte – angeblich aus Platzgründen.“

„Ein zweites bekanntes Gesicht ist das des weit rechts positionierten designierten Justizministers Christian Wagner, der im Wahlkampf den ‚härtesten Strafvollzug Deutschlands‘ versprach. Unter Wallmann war Wagner Kultusminister. Damals plante er, an Hessen Schulen wieder alle drei Strophen des Deutschlandliedes einzuführen.“ Der designierte Innenminister Bouffier plane u.a. einen „freiwilligen Polizeidienst für Bürger sowie die Einführung der Schleierfahndung.“ (Süddeutsche Zeitung, 9.2.99) Die Berliner Zeitung zitiert den Wahlsieger Koch, der im CDU-Präsidium gegen angeblich geringe Aussichten der Union im Osten aufgetreten sei: „Wir sind mit 43 Prozent wieder mitten rein in die 40er,“ widerspricht Koch, „und wir sind wieder Meinungsführer bei den Jungen.“ (9.2.99)

Die Frankfurter Allgemeine berichtet von der CDU-Vorstandssitzung nach den Wahlen:

„Wir werden auch die Wahlen in Thüringen und in Berlin gewinnen. Wir wollen alle Wahlen gewinnen“, sagte der CDU-Vorsitzende Schäuble nach der Sitzung des Bundesvorstands in Bonn. Der in Hessen errungene ‚große Sieg‘ habe landespolitische Gründe, sei aber auch eine Reaktion der Wähler auf die ersten hundert Tage rot-grüner Regierung in Bonn und sei deshalb eine schallende Ohrfeige für das von dieser Koalition angerichtete Chaos in der Bundespolitik zu werten.“

„Die Aussprache des Vorstands war von der Genugtuung über den Wahlsieg und der sich damit verbindenden Harmonie gekennzeichnet. Die Befriedigung über den Erfolg der Unterschriftenaktion, aber auch die Erleichterung darüber, daß sich Befürchtungen nicht bestätigten, sie werde Wasser auf die Mühlen der Rechtsparteien lenken, herrschten vor. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf wies darauf hin, die Entscheidung, das Ausländerthema zu enttabuisieren, habe erheblich zum Sieg beigetragen. Die CDU müsse fortfahren, die von den Linken aufgebauten Tabus zu brechen. Als Beispiel nannte er das Tabu des Sozialstaats. Das rief sofort den Widerspruch Geißlers hervor, der anmerkte, der Sozialstaat sei in den letzten 16 Jahren längst enttabuisiert worden. Er müsse nicht enttabuisiert, sondern repariert werden.“ (FAZ, 9.2.99)

Grüne: Presseberichte

Auch die Bundesgeschäftsstelle der Grünen hatte eine Woche nach den Hessenwahlen keine eigene schriftliche Einlassung zum Wahlausgang in Hessen. Hier Auszüge aus Presseberichten, auf die verwiesen wurde. Die Frankfurter Rundschau weist darauf hin,

daß die Grünen nicht nur in Hessen Stimmen verloren, und zitiert zweimal den „Realo“ Matthias Berninger:

„Mit dem brutalen Verlust jeder dritten Wählerstimme in Hessen ist ... sichtbar geworden, daß es bei der Aufsteigerpartei der neunziger Jahre abwärts geht. Stimmengewinne verbuchten die Grünen zuletzt im September 1997 bei den Wahlen in Hamburg. Danach setzte es Verluste in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern und Mecklenburg-Vorpommern. Auch bei der Bundestagswahl im September hielt der Negativ-Trend an ... Der Nordhesse Matthias Berninger lenkt in seiner Analyse den Blick auf die Wanderrungsbilanz, wonach 72 000 Wähler von den Grünen zur SPD und 20 000 zur CDU wechselten. Den Urnen ferngeblieben seien hingegen nur rund 15 000 Bürger, die vor vier Jahren die Grünen gewählt hatten. „Wir haben die jungen Leute nicht nach links, sondern zur Mitte hin verloren.“ (*Frankfurter Rundschau*, 9.2.) Unter der Überschrift „Überall ist Hessen“ setzt sich der Heidelberger Publizist und Professor Micha Brumlick mit dem Ergebnis der Grünen in der „taz“ auseinander: „Die hessischen Grünen sind heute die Partei der arrivierten und gebildeten 30- bis 45-jährigen – schon in der Generation der 68er bewegen sie in Hessen keine größere Gruppen mehr ...“

Programmatisch ist es den Grünen nicht gelungen, bei Bildung und Wissenschaft, maßgeblichen Zukunftsthemen, Kompetenz zu zeigen. Das Ausbleiben mittreibender Alternativen zum SPD-Sparkurs verstimmte junge Eltern ebenso wie die in Hessen nicht unwichtige Lehrerschaft.... Der vornehmlich an professioneller Politik interessierte Parteinachwuchs hat – wie die gesamte Partei – keine Lehren aus den jüngsten Ju-

gendstudien gezogen, wonach sich junge Leute in ihrer Masse weder für Umwelt noch für Frieden, sondern vor allem für ihre berufliche Zukunft interessieren.

... Die Bundespartei wäre freilich schlecht beraten, das hessische Wahlergebnis – obwohl hausgemacht – als Provinzdebakel abzutun. Noch immer hat Hessen für die Grünen im Bund eine Vorreiterrolle gespielt. Somit wirkt das hessische Ergebnis als Menetekel ... Noch hat sich die aus „68“ und den „neuen sozialen Bewegungen“ herrührende Physiognomie der Grünen, ihr Image als linke Protestpartei, nicht gänzlich dem politischen Alltagsbetrieb anverwandelt. An Hessen läßt sich lernen, was verlorengeht, wenn die Partei diese Tradition nicht fortentwickelt.“ (*taz*, 9.2.99)

SPD: „Klassisch sozialdemokratische Themen ... stärker akzentuieren“

Der SPD-Bundesgeschäftsführer Ottmar Schreiner kündigte noch am Wahlabend (7. Februar) an, die SPD werde künftig stärker ihre „klassisch sozialdemokratischen Themen“ in den Vordergrund rücken:

„Ich glaube, daß man beim gegenwärtigen Stand der Dinge in Hessen von Seiten der Sozialdemokratischen Partei darauf hinweisen kann, daß wir zukünftig doch etwas stärker als in den vergangenen Wochen darauf hinwirken wollen, daß klassisch sozialdemokratische, also unsere zentralen Themen – Bündnis für Arbeit, Kampf gegen Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit – in der nächsten Zeit stärker akzentuiert werden als die möglicherweise in den vergangenen Wochen der Fall gewesen ist.“

Was denkbare Fragen zur weiteren Behandlung des Gesetzentwurfs zur erleichterten Einbürgerung anbelangt, se-

he ich zumindest keinerlei Veranlassung, von dem bisher für richtig gehaltenen Verfahren abzusehen. Der Gesetzentwurf wird dem Parlament präsentiert werden. Es wird dann im Rahmen des normalen parlamentarischen Verfahrens die Möglichkeiten der einen oder anderen Korrektur geben. Das haben wir im Vorfeld des Landtagswahlkampfes in Hessen auch so gesagt. An dieser Grundlinie ist auch nach dem jetzigen Stand der Dinge nichts zu ändern. Ich bin allerdings der Meinung, daß wir angesichts spezifischer Umfragen zu dem Thema weiterhin erhöhten Informations- und Aufklärungsbedarf haben. Die Kampagne der CDU/CSU lebt erkennbar von falschen Darstellungen und manipulativen Informationen.“ (*SPD-Presseinformation*, 7.2.99, 18.45 Uhr)

Gysi: Neue gesellschaftliche Mehrheiten nicht ohne PDS

Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der PDS, erklärte am 8. Februar:

„Die Hessenwahl zeigt, daß SPD und Bündnis 90 / Grüne ohne die PDS strukturell über keine Mehrheiten in der Gesellschaft verfügen. Die polarisierende Anziehungskraft der Kampagne von CDU/CSU gegen die erleichterte Einbürgerung Nichtdeutscher macht deutlich, daß das Bundestagswahlergebnis kein Ausdruck eines kulturellen Wertewandels war, sondern lediglich die Chance beinhaltet, einen solchen zu erstreiten. Noch dringender wird die Aufgabe der PDS, die SPD in sozialen Fragen, die Grünen in ökologischen Fragen und beide in antimilitaristischen Fragen zum „Jagen“ zu tragen. Nach meiner Auffassung muß das die letzte Landtagswahl in Hessen gewesen sein, zu der die PDS nicht angetreten ist.“ •

IGM zu Schiliys Staatsbürgergesetz Nachbesserungen verlangt

Schon vor den Hessenwahlen hatte die Abteilung Ausländische Arbeitnehmer der IG Metall eine erste Bewertung von Schiliys Gesetzentwurf veröffentlicht. Darin begrüßt die IG Metall den Einstieg ins Territorialprinzip, kritisiert aber zugleich die Hürden, die Schily und andere SPD-Innenminister weiterhin vor dem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft aufrechterhalten wollen, und fordert Nachbesserungen. Diese Nachbesserungen scheinen zwar im Augenblick nur schwer durchsetzbar. Nach den Wahlen in Bremen und Berlin aber – in beiden Ländern könnte rot-grün bei einem erfolgreichen Wahlgang eine große Koalition ablösen und so bereits in diesem Jahr die Mehrheiten im Bundesrat wieder ändern – könnte diese Forderung nach Nachbesserungen erneut vorgetragen werden. Hier die Stellungnahme des IG-Metall-Sprechers Töppel.

Wir begrüßen den am 13. Januar 1999 vorgelegten Entwurf der Bundesregierung für ein „Gesetz zur Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsan-

gehörigkeit“. Seit Jahren drängt die IG Metall auf eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts zur Förderung der Integration und gesellschaftlichen Gleichstellung. Die Regierung hat deutlich Position bezogen und die Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft durch Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft als richtige und wichtige Maßnahme zur Förderung der Integration bekräftigt, betonte Töppel in einer ersten Stellungnahme. Diese Reform ist ein wichtiges Signal für die Menschen ausländischer Herkunft. Nun können sie mehr Vertrauen gewinnen und als wichtiges Element und Subjekt einer fortschrittlichen und europäischen gewandten Politik angesehen werden.

In dem vorliegenden Entwurf vermissen wir zwar den Mut zur einfachen Durchsetzung des Territorialprinzips, aber wir hoffen auf Nachbesserungen.

Zu bedauern ist das zu eng gefaßte Kriterium der Straflosigkeit. Für Strafen, die nicht absichtlich oder in der pubertären Jugend begangen wurden, werden Menschen lebenslang von dieser Integra-

tionsmaßnahme ausgeschlossen bleiben. Ebenso bedauerlich ist das Kriterium „Bezug von Sozial- und Arbeitslosenhilfe“ als Hindernis für die Einbürgerung; auch wenn dies als Kann-Bestimmung ausgewiesen ist, so wissen wir aus der Praxis, welche Interpretationsmöglichkeiten im konkreten Procedere gegenüber Antragstellern möglich sind. Da die Regierungskoalition die absolute Mehrheit besitzt und nicht auf Verhandlungen mit der Opposition angewiesen ist, muß sie hier zügig und nach vorne gerichtet entscheiden. Wir appellieren an alle ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich konstruktiv und politisch an der Verbesserung und Umsetzung des Regierungsentwurfs zur Einbürgerung und Doppelstaatsangehörigkeit zu beteiligen. Das wäre ein Beispielhafter Schritt zur gesellschaftlichen und politischen Normalisierung und ein Exempel für die politischen Kräfte, die die Chance einer konsequenteren Einbürgerung behindern bzw. verhindern wollen. (IGM, Abt. Ausländische Arbeitnehmer, Frankfurt/Main, Januar 1999)



Links: CGT-Demonstration in Marseilles im Dezember 1995 gegen die Haushalts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik der damaligen konservativen Regierung / **Rechts:** Der neue CGT-Generalsekretär Bernard Thibault.

CGT-Kongress

Im Sog des Konstruktiven

Von Bernhard Schmid, Strasbourg

Auf ihrem Gewerkschaftskongreß in Strasbourg suchte die kommunistische CGT nach einer neuen Orientierung.

Trillerpfeifen und Nebelhörner ertönen, Eisenbahner werfen mit Konfetti und der Schlachtruf des Streikherbstes 1995 – „Tous ensemble, tous ensemble“ (alle zusammen) – wird aus über tausend Kehlen skandiert. Aber wir befinden uns nicht auf einer Demonstration, sondern auf dem zu Ende gehenden Gewerkschaftskongress der CGT. Und eben wurde der Name des neuen Generalsekretärs bekanntgegeben: Bernard Thibault, bisher Chef der Eisenbahngewerkschaft der CGT. Bereits im Juli 1998 war er vom Bureau confédéral, dem obersten Führungs-gremium, zum Nachfolger des alten CGT-Generalsekretärs Louis Viannet bestimmt worden. Zunächst gegen Thibaults Willen, und Viannet mußte harte Überzeugungsarbeit leisten, um den 40jährigen, der im Alter von 15 Jahren in eine Lehre als Mechaniker bei der Bahngesellschaft SNCF eingetreten war, für das Amt zu gewinnen.

Der langhaarige und unkonventionell auftretende Thibault, populärer „Star“ der Streikwelle in den öffentlichen Diensten im November und Dezember 1995, wird eine schwierige Aufgabe haben. Sie besteht darin, die „Wandlung“ der CGT „von der reinen Protestgewerkschaft zu einer konstruktiv-kritischen Kraft“ – die sein Vorgänger Viannet ausgerufen hat –

voranzutreiben und zugleich den um „zu viel Kompromißlerei“ beunruhigten Teilen der Basis Garantien zu geben.

Die Confédération Générale du Travail (Allgemeiner Arbeiterverband) hat vom Sonntag vorletzter bis zum Freitag vergangener Woche in der Konzert- und Kongreßhalle von Strasbourg ihren 46. Kongreß abgehalten. Im Jahr 1895 als sozialistische Arbeiterorganisation gegründet, ist die CGT die älteste der französischen Richtungsgewerkschaften, unter denen sich heute fünf Gewerkschaftsbünde und eine Reihe ungebundener kleinerer Organisationen tummeln. Den Titel der Nummer 1 macht ihr in jüngster Zeit die früher eher links-un-dogmatische, heute eindeutig sozialliberal orientierte CFDT (Französischer demokratischer Arbeiterverband) streitig: letztere gibt ihre aktuelle Mitgliederzahl offiziell mit 730 000 an, während Kritiker aus den eigenen Reihen eher von 530 000 ausgehen. Unterdessen verfügt die CGT nach kaum bestrittenen Angaben über etwas mehr als 653 000 Mitglieder, Rentner eingeschlossen.

Auf den ersten Blick nicht viel gegenüber mehr als fünf Millionen Mitgliedern in den Jahren nach der Befreiung von den Nazis 1944, von denen im Mai 1968 noch immer 2,3 Millionen übrig waren. Der Untergang des sowjetischen „Modells“, an dem sich die französische KP – mit der die CGT seit den 30er Jahren durch enge Bande verwoben ist – noch bis in die späten achtziger Jahre angelehnt war, hat sicherlich diesem quantitativen Niedergang beigetragen. Es bildet jedoch nicht den einzigen Faktor, der zu seiner Erklärung beiträgt.

Die Organisationsstärke der französischen Gewerkschaftsbewegung ist qualitativ betrachtet nicht enorm, der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Beschäftigten ist mit aktuell neun Prozent der niedrigste in der gesamten EU. Dabei gilt es freilich nicht aus den Augen

zu verlieren, dass den Gewerkschaften in Frankreich eine andere Rolle zukommt als in anderen EU-Ländern: sie bilden den aktivistischen und politisierten Kern der Arbeiterbewegung und erfüllen nur äußerst selten versicherungähnliche Aufgaben für passiv bleibende Mitglieder. So bezahlen französische Gewerkschaften in der Regel keine Streikgelder, die Betroffenen bezahlen den Verdienstausfall aus eigener Tasche – was im Gegenzug den Vorteil hat, dass sie sich in ihrer Ausübung des Streikrechts von niemandem kontrollieren lassen. Denn das Streikrecht gehört in Frankreich allein den Beschäftigten, die es – im Gegensatz zum deutschen Recht – ohne jedes Zutun einer Gewerkschaft ausüben können.

Um das Bild der CGT zu vervollständigen, muß man hinzufügen, daß ihr Mitgliederrückgang seit 1992 gestoppt, seit dem Streikjahr 1995 sogar wieder leicht anwachsend ist. Des ehemaligen Gesellschaftsmodells verlustig geworden und einer ebenfalls um eine neue Orientierung ringenden KP gegenüberstehend, hat die CGT seit einigen Jahren „die Nabelschnur durchtrennt“, wie es Thibault ausdrückt. Der damalige CGT-Generalsekretär Viannet erklärte auf dem letzten Kongress der französischen KP im Dezember 1996 seinen Austritt aus dem Nationalen Büro (Ex-Politbüro) der Partei, dem obersten Führungs-gremium, auch wenn eine Stufe darunter – im nationalen Komitee (Ex-Zentralkomitee) der Partei – noch eine Reihe führender CGT-Funktionäre anzutreffen sind, darunter Bernard Thibault, der aber an den Sitzungen nicht teilnimmt.

Die Regierungsbeziehung der KP seit Juni 1997 hat das Autonomiestreben der CGT noch beschleunigt, da in der Vergangenheit in ähnlichen Perioden – wie 1981 bis 1984 – die übergroße Rücksichtnahme auf die „Genossen Minister“ dafür gesorgt hatte, daß die CGT von der Enttäuschung über die Regierungsbilanz

der Linksparteien mit in einen Abwärts-sog gerissen wurde.

Das Verfechten eines vermeintlich fertigen, alternativen Gesellschaftsmodells und der vermeintliche Einblick in die „Gesetzmäßigkeiten der Geschichte“ gehören nun aber eindeutig der Vergangenheit an. Ähnlich wie die französische KP öffnet sich die CGT demonstrativ und mitunter fast krampfhaft, um aus den sozialen Bewegungen Impulse für ein neues Gesellschaftsprojekt zu gewinnen. Und genau wie in „der Partei“ führt dies zu widersprüchlichen Entwicklungen: Linksalternative Bewegungspolitik und sozialdemokratisch anmutender Pragmatismus koexistieren hier ebenso wie einige versprengte „orthodoxe“ Elemente, die gegen „reformistische Aufweichung und Verrat“ protestieren, während sich die offizielle Sprache um „Moderneität“ bemüht.

Die Delegierten in Strasbourg, fast verwirrt von einem so pluralistischen Angebot, zeigen sich bereit, in kurzen Zeitabständen gegensätzlichen Initiativen und Äußerungen zu applaudieren. So wird das Engagement der CGT für die Sans-papiers – die „illegalen“ Immigranten, die um ihr Bleiberecht kämpfen – eindringlich bekräftigt. Mit scharfen Worten protestiert der Kongress gegen die Strafverfolgung von Michel Beurrier, CGT-Bezirksvorsitzender in Clermont-Ferrand, dem wegen angeblicher Fluchtbegünstigung für einen Sans-papiers nun eine Haftstrafe droht. Heftigen Applaus erhält eine Vertreterin der CGT-Arbeitslosenkomitees für ihre Aussage zu Besetzungsaktionen von Erwerbslosen und kollektive Gratiseinkäufe in Supermärkten: „Es ist legitim, kollektiven Ungehorsam zu praktizieren und in der Illegalität zu handeln.“

Viel Beifall erhält aber auch Nicole Notat, die sozialliberale CFDT-Chefin, die sich 1995 gegen die Streiks gestellt hatte. Zuvor hat es jedoch eine Ermahnung gegeben, Notat bloß nicht auszupfeifen. Denn die offizielle „Annäherung“ zwischen CGT und CFDT ist die Voraussetzung dafür, daß die CGT – 20 Jahre nach ihrem ersten Antrag auf Aufnahme – in diesem Jahr endlich in den Brüsseler Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufgenommen wird, als letzte große westeuropäische Gewerkschaft und lange nach der CFDT.

Das traditionelle Kräftespiel in der Arbeitswelt Frankreichs sah in der Regel so aus: die „reformistischen“ Gewerkschaften, beispielsweise die CFDT oder Force Ouvrière, unterzeichneten Tarifabschlüsse und erreichten damit einige Verbesserungen für die Beschäftigten, die „sozialen Frieden“ schaffen sollten. Die CGT hingegen denunzierte diese Abkommen. Für beide Seiten war dieses Prozedere mit Vorteilen verbunden: Die Opposition der CGT als stärkster Organisation verschaffte den anderen Gewerkschaften das Druckpotential, um in den Verhandlungen vorwärtszukommen.

Doch in jüngster Zeit hat sich die Ausgangslage gründlich geändert: Durch Massenarbeitslosigkeit und Strukturwandel hat sich das Kräfteverhältnis gewandelt, für Abschlüsse bedarf es zunehmend größerer Kompromißbereitschaft und Gegenleistungen der abhängig Beschäftigten.

Mit einem neuen „Pragmatismus“ zeigt sich die CGT bereit, sich partiell in das Verhandlungssystem zu integrieren, um Schlimmeres zu verhindern. In einigen Fällen hat die CGT bereits Abkommen mit der Kapitalsseite unterstützt. Das erweist sich bei den laufenden Verhandlungen über die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften zur 35-Stunden-Woche: Nach dem Willen der Regierung sollen dazu dezentrale Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit – etwa: Arbeitszeitverkürzung gegen Flexibilität – geschlossen werden. Acht von insgesamt 40 Branchenabkommen, die bisher zwischen Gewerkschaften und Kapitalvertretern zur 35-Stunden-Woche abgeschlossen wurden, tragen die Unterschrift der CGT.

In Strasbourg beantragen zwar einige Delegierte – hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, vom „orthodoxeren“ Flügel –, daß die Confédération keine Abkommen mit Klauseln zur „Annualisation“, zur Einrichtung von Jahres-Zeitkonten zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten, unterschreiben dürfe. Doch die Tagungsleitung bügelt diese Vorstöße mit der Begründung ab, für Millionen Beschäftigte sei diese „Annualisation“ längst Realität: „In diesen Fällen ist es realistischer und mobilisierungsträchtiger, für kollektive Garantie zugunsten der Beschäftigten zu streiten, die der Willkür engste Grenzen setzen.“

WEU-Osterweiterung

Was WEU und GASP für die Tschechische Republik bedeuten

Von Brian Denny

Das Januarheft von Postmark Prague enthält Auszüge aus einem Artikel von Brian Denny, außenpolitischer Redakteur der Londoner Zeitung Morning Star, in der November-Ausgabe des Politischen Rundbriefs der Islip Unity Group. Darin analysiert Denny die Beziehungen zwischen der Westeuropäischen Union, der EU und Deutschlands „Marsch nach Osten“. Der Artikel ist auch in den Deutsch-Tschechischen Nachrichten Nr. 5/99 enthalten, die beim GNN Verlag zu erhalten sind.

Die Westeuropäische Union (WEU) ist ein Produkt des Kalten Krieges. Sie wurde erheblich gestärkt, als Margaret Thatcher 1986 das Gesetz über ein einheitliches Europa unterzeichnete. In diesem Zu-

sammenhang wurden europäische „Verteidigungs“mechanismen etabliert, komplett mit Plänen für die Schaffung eines europäischen Militärisch-Industriellen Komplexes. Das Ergebnis war z.B. die Produktion des umstrittenen und obszönen Eurofighters. 1992 wurden in den Vertrag von Maastricht Pläne für eine „Leitlinienkompetenz für eine gemeinsame Verteidigungspolitik“ aufgenommen. Im Vertrag von Amsterdam 1997 riefen die Euro-Eliten nach einer „zunehmenden Rahmenkompetenz für eine gemeinsame Verteidigungspolitik“ und die Bildung einer Euro-Armee. Dies schließt Vereinbarungen darüber ein, daß Entscheidungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) von einer qualifizierten Mehrheit getroffen werden – im Ministerrat erfolgen also Abstimmungen, die für die Mitgliedsstaaten verbindlich sein sollen. Mit anderen Worten, die Außenpolitik wird in Brüssel beschlossen, und nicht mehr durch gewählte Parlamente. Dies hat



sehr schwerwiegende Auswirkungen auf die Fähigkeit souveräner Staaten, über ihre Beziehungen zur übrigen Welt selbst zu entscheiden, insbesondere für neutrale Länder wie Irland oder Österreich – kurz gesagt, ihre Neutralität ist beendet. Im Endeffekt erhält die EU durch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einen bewaffneten Arm, und die Außenpolitik der europäischen Nationen wird Brüssel untergeordnet ...

Drang nach Osten

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist im wesentlichen ein deutsches Projekt zur Schaffung europäischer Streitkräfte, die seine Außenpolitik gegenüber dem Osten durchführen sollen, trotz des Widerstands von Leuten wie Jacques Delors, der „nie an das Konzept einer gemeinsamen Außenpolitik“ geglaubt hat, sie aber für den Preis dafür hält, daß Deutschland die Währungsunion akzeptiert. Die Osterweiterung der EU entspricht Deutschlands traditioneller Außenpolitik, die bekannt ist unter dem Begriff „Drang nach Osten“. Oder wie ein führender Manager von Daimler Benz es kürzlich formulierte: „Wir müssen nach Osten vordringen – ökonomisch natürlich.“ Eine Militärmacht wird als not-

wendig betrachtet, um diese Expansion abzusichern und Bonns ökonomische Interessen zu wahren. Aus diesem Grunde drängt Deutschland am meisten auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland besitzt die umfangreichsten Streitkräfte in Europa, hat aber keine Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Gemeinsam mit den modernen nuklearen Waffensystemen Großbritanniens und Frankreichs hätte es sie.

Der Vertrag von Amsterdam

Als Keimform einer europäischen Armee gibt es bereits das 50.000 Mann starke Eurokorps, das aus deutschen, französischen, belgischen, spanischen und luxemburgischen Einheiten zusammengesetzt und bereits in Jugoslawien aktiv ist. Die absichtliche Zerstückelung des jugoslawischen Bundesstaates, der Anfang des Jahrhunderts geschaffen wurde, um Deutschlands Expansionsdrang aufzuhalten, und der weiterschwellende Balkankonflikt sind ein Beispiel für die Auswirkungen deutscher Außenpolitik. Die Kontrolle über den Balkan öffnet das Tor zum russischen Öl in Tschetschenien, in Kasachstan und im Kaspischen Meer und stärkt die Rolle des Mittelmeerraumes als strategische Region für die Kontrolle über das Öl im Nahen Osten. Der Vertrag von Amsterdam fördert die Koordination eines europäischen militärisch-industriellen Komplexes, indem er die Mitgliedsstaaten zur „Kooperation auf dem Gebiet der Rüstung“ verpflichtet. Die WEU selbst beklagt die Zersplitterung der Rüstungsindustrie in Europa, die einen Wert von 60 Mrd. US-Dollar jährlich oder 2% der EU-Produktion ausmacht und eine Million Menschen beschäftigt ... Kürzlich schrieb Michael Colvin einen Bericht für die WEU, in dem er darlegte, daß eine Dreierfusion zwischen der British Aerospace, der deutschen Dasa und der französischen Aerospatiale erforderlich sei, um einen Europäischen Raumfahrt- und Rüstungskonzern ins Leben zu rufen. Mr. Colvin betonte, um „einen solchen Rüstungsgiganten zu schaffen und die Rüstungsindustrie rationalisieren“ zu können, sei „Privatisierung Voraussetzung“. Er erläuterte, der Hauptgrund dafür sei, daß mit der Rationalisierung eine Vernichtung von Arbeitsplätzen in großem Ausmaß verbunden sein würde, die durch eine Firma mit staatlicher Beteiligung aufgrund von politischem und demokratischem Druck blockiert werden könnte. Als Teil dieser Entwicklung gab Frankreich im letzten Monat bekannt, daß die vollständige Privatisierung des Aerospatiale-Konzerns trotz linker Opposition innerhalb der Regierung vorangetrieben werden soll. Die NATO-Osterweiterung gilt als hervorragende Gelegenheit für diesen Riesenkonkurrenten, Waffen nach Ungarn, Polen und in die Tschechische Republik zu verkaufen, die in dem Bemühen, als „gute Europäer“ zu gelten, der NATO-Mitgliedschaft als Vorstufe zur EU-Mitgliedschaft zugestimmt ha-

ben. Um die Bedingungen der NATO-Mitgliedschaft zu erfüllen, müssen sie nun die alten Waffen des Warschauer Vertrages verschrotten und sich mit NATO-kompatibler militärischer Hardware eindecken. Der Vertrag von Amsterdam und die Einführung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet einen Schritt auf dem Weg zu einer undemokratischen, militarisierten, atomar bewaffneten EU ...

Brian Denny ist außenpolitischer Redakteur der Londoner Zeitung Morning Star.

Lohnentwicklung in der Tschechischen Republik

Ein neues schweres Jahr in Sicht

Das Realeinkommen der Tschechen begann sehr bald nach der „samtenen“ Konterrevolution von 1989 zu sinken. Bis 1991 betrug der Rückgang gegenüber 1989 fast ein Drittel, dies war Folge einer sehr restriktiven Wirtschaftspolitik bei gleichzeitiger Freigabe der Preise.

Zwischen 1991 und 1997 begannen die Durchschnittslöhne real von Jahr zu Jahr zu steigen; dies war allerdings begleitet von einer dramatischen Öffnung der Schere zwischen den Verdiensten der Masse der Beschäftigten und bestimmten privilegierten Gruppen der Gesellschaft



– insbesondere Inhabern hoher Staatsämter, führenden Politikern und Managern im Finanzsektor oder in privaten Aktiengesellschaften.

1997 lag der Durchschnittsverdienst landesweit um 2–3% über dem von 1989, er wurde allerdings von zwei Dritteln der Beschäftigten nicht erreicht; deren Realeinkommen war noch immer niedriger als 1989.

1998 nahm der Druck auf die Löhne und Renten infolge der beiden Maßnahmenpakete wieder zu, die die rechte Koalitionsregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Klaus im Jahr zuvor als Notmaßnahmen (zur Bewältigung des Platzens der „Transformations“-Seifenblase) verabschiedet hatte. In den ersten neun Monaten des Jahres 1998 stiegen die Monatslöhne gegenüber derselben Vorjahresperiode nominal um durchschnittlich 9% (928 Kronen oder ca. 30 \$) auf 11 241 Kronen (375 \$). Da jedoch in demselben Zeitraum die Einzelhandelspreise um 11,8% anstiegen, fielen die realen Durchschnittslöhne um 2,5%. Sie lagen

damit wieder auf der Höhe von 1989, aber ohne die „zweite Lohntüte“, die der Sozialismus Arbeitern und Angestellten zur Verfügung stellte: freie medizinische Versorgung und Ausbildung, billige Lebensmittel, billige Verkehrsmittel, billige Urlaubsmöglichkeiten etc. Außerdem blieben natürlich die zwei Drittel der Beschäftigten, deren Reallohn den nationalen Durchschnittslohn nicht erreichte, unter dem Niveau von 1989, in manchen Fällen sogar erheblich darunter.

Die Schere zwischen den Einkommen der privilegierten Elite und der Masse der Beschäftigten öffnete sich weiter, ganz im Einklang mit dem globalen Trend des Kapitalismus, der die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Während die Reallöhne im unternehmerischen Bereich sich 1998 gegenüber 1997 halten konnten, war im Non-Business-Sektor – Gesundheitswesen, Erziehungswesen etc. – ein Rückgang um ca. 11% zu verzeichnen. Am höchsten waren die Verdienste im Banken- und Versicherungssektor – eben dem Sektor, der am meisten verantwortlich ist für die Krise des Landes und ihre Verschärfung und dessen Anteile sich mehrheitlich weiterhin in den Händen des Staates befinden. In den ersten neun Monaten 1998 verdienten die Beschäftigten im Finanzsektor monatlich im Durchschnitt 20 213 Kronen (675 \$) – 14,7% mehr als in demselben Vorjahreszeitraum. Im Gegensatz dazu betrug der Durchschnittsverdienst im Erziehungswesen 9 226 Kronen (305 \$) und im Gesundheitswesen 9 572 Kronen (320 \$), in beiden Fällen etwa dasselbe wie 1997. Real bedeutete das angesichts der Inflation einen Rückgang um mehr als 11%.

Die Einkünfte von Managern waren demgegenüber, unabhängig von den erzielten Ergebnissen, hoch und stiegen im vergangenen Jahr weiter an. Führende Manager von Aktiengesellschaften verdienten z.B. im Durchschnitt über 300 000 Kronen monatlich (10 000 \$). Der offizielle Mindestlohn betrug im letzten Jahr 2.650 Kronen monatlich (90 \$; kaum mehr als 2 \$ pro Stunde) – verglichen mit 70 000 Kronen (2 350 \$) für Minister, 98 000 Kronen (3 270 \$) für Premier Zeman und mehr als 120 000 Kronen (4 000 \$) für Präsident Havel. Erklärtes Ziel der Regierung ist es, die Lohn erhöhungen in diesem Jahr nicht über die Höhe der Inflation steigen zu lassen – letztere wird unrealistisch niedrig auf 7% geschätzt. Für die meisten Lohnempfänger bedeutet das ein weiteres Absinken des Reallohnes; gleichzeitig wird ein Anstieg der Erwerbslosenzahl auf eine halbe Million vorausgesagt.

(aus: Deutsch-Tschechische Nachrichten. Nr.5, Jan. 1999. Quelle: Postmark Prague Nr. 257, Januar 1999)

Osttimor: Kommt die Unabhängigkeit und zu welchem Preis?

1975 hatte die linksorientierte antikoloniale Befreiungsbewegung der Fretelin die „Demokratische Republik Osttimor“ ausgerufen. Die ehemalige portugiesische Kolonie wurde daraufhin von Truppen der indonesischen Armee besetzt, die sich seitdem mit der Befreiungsbewegung von Osttimor einen der blutigsten Konflikte lieferte. Etwa 200 000 der knapp 700 000 Einwohner fielen den Kämpfen und einer Hungerblockade zum Opfer. Ihr Kriegsziel, die Unterwerfung der Provinz, hat die indonesische Armee und die herrschende indonesische Bourgeoisie aber trotzdem nicht erreicht. 1988 hatte sich die Fretelin mit anderen eher konservativen anti-indonesischen Gruppen zusammengeschlossen. 1992 wurde allerdings der Fretelinchef Xanana Gusmao von indonesischen Truppen verhaftet. Nun hat sich die Situation nach dem Abtritt des indonesischen Präsidenten Suharto gewandelt. Der jetzige Machthaber und Suharto-Intimus Habibie



sagte, dass Osttimor bis zum 1. Januar 2000 einfach in die Unabhängigkeit entlassen wird. Gusmao wurde vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen und unter Hausarrest gestellt. Die Osttimoresen sehen die neue Entwick-

lung mit gemischten Gefühlen. Offen wird von einem Täuschungsmanöver der indonesischen Regierung gesprochen. Es bestehen Befürchtungen, daß die Regierung in Jakarta die in den 80er Jahren in Osttimor angesiedelten Indonesier, die gegen die Unabhängigkeit der Provinz sind, gezielt zu Aktionen gegen die Unabhängigkeit einsetzt. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, denn es gibt Hinweise darauf, daß die indonesischen Siedler in den vergangenen Monaten gezielt bewaffnet worden sind.

Kroatien: Weitere Rehabilitierung von Ustascha-Mörder

Nach den Festgottesdiensten zum 39. Todestag des Ustascha-Führers Ante Pavelic und der öffentlichen Vorstellung seiner Memoiren (siehe PB 3/99) setzte Kroatien ein weiteres Zeichen der Rehabilitierung des mörderischen Ustascha-Regimes.

1998 forderte die internationale Öffentlichkeit Argentinien auf, den kroatischen Kriegsverbrecher Dinko Sakic, den ehemaligen Kommandanten des KZs Jasenovac, an Kroatien auszuliefern. Dinko Sakic wurde schließlich nach Zagreb geflogen, wo langwierige gerichtliche Untersuchungen einsetzen.

Immer deutlicher wurde indes, daß sich auch seine Frau Nada als Aufseherin im Frauen- und Kinder-KZ Stara Gradska schwerer Verbrechen schuldig gemacht hatte. Die Regierung in Belgrad übergab dazu umfangreiche Dokumentationen, aus denen unter anderem hervorgeht, daß Frau Sakic am 21. April 1945 rund 600 Frauen aus dem KZ Stara Gradska zur Erschießung brachte. Jugoslawien forderte ihre Auslieferung durch Argentinien. Nada Sakic aber verlangte, nach Kroatien gebracht zu werden, dessen Staatsbürgerschaft sie inzwischen erhalten hatte.

Anfang dieser Woche verfügte die kroatische Staatsanwaltschaft jedoch die Freilassung der 72jährigen Sakic wegen „Mangels an Beweisen“, obwohl sie 1998 die Auslieferung auf Grund „umfangreicher Beweismaterialien“ beantragt hatte. Sie habe immer an die „Gerechtigkeit“ der kroatischen Justiz geglaubt, kommentierte Sakic selbst.

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum

sprach von einem weiteren Beweis dafür, daß die kroatische Führung keine Absicht habe, den Opfern des Ustascha-Regimes Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aus Israel wird gefordert, eine Auslieferung Nada Sakics an Jugoslawien zu erwirken. Für aufmerksame Beobachter ist der unglaubliche Vorgang nur ein Schritt in Richtung eines Freispruchs auch für Dinko Sakic, den „Schlächter von Jasenovac“. Inzwischen tragen schließlich viele Straßen und Plätze Kroatiens die Namen von Ustascha-Aktivisten.

Südafrika: Die Deutsche Bank finanzierte das Apartheid-Regime

Einen Entschädigungsfonds von einer Milliarde Mark für die Apartheidopfer in Südafrika forderten Menschenrechtler am Donnerstag in Bonn. Sie wiesen nach, daß bis Ende der Apartheid auch bundesdeutsche Unternehmen und Banken das Regime am Leben erhalten halfen. In den 70er Jahren gehörten Deutsche und Dresdner Bank zu den Hauptfinanziers, in den 80er Jahren vor allem bayerische Banken.

Eine internationale Kampagne will die Entschuldung der Länder im südlichen Afrika erreichen sowie Entschädigung für die Opfer. 1993, im letzten Apartheidjahr, hatte Südafrika Auslandsschulden von 25,7 Milliarden Dollar. Ein Drittel könnten deutsche Konzerne einfordern. Allein von 1978 bis 1993 legten bundesdeutsche Geldgeber 70 Milliarden Mark in Südafrika an. Im Durchschnitt erzielten sie pro Jahr Gewinne von 8,6 Prozent dafür.

Deutschland sei der „weltweit bedeutendste Finanzier des öffentlichen Sek-

tors in Südafrika“ gewesen, heißt es in einer Studie. Darin wird nachgewiesen, daß ein Großteil der Kredite in die Rüstungswirtschaft flossen. Nach Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreiches bereitete sich Südafrika nicht bloß auf die angedrohten UNO-Sanktionen vor. Es führte auch Kriege gegen Nachbarländer. Die von Südafrika angerichteten Kriegsschäden in Nachbarländern werden auf etwa 140 Milliarden Dollar geschätzt. Nach ihnen führte das Apartheidregime Bürgerkrieg gegen den ANC. Neben der Bundesrepublik zählten USA, Großbritannien und Schweiz zu den wichtigsten Geldquellen der Apartheid. Noch 1993 flossen Gewinne ausländischer Unternehmen in Höhe von 3,1 Milliarden Dollar aus Südafrika ab. Dabei handelt es sich um Profite solcher Konzerne oder Banken, die seit 1985 sogar die weltweiten Wirtschaftssanktionen gegen Pretoria ignorierten.

USA: FBI bietet Kopfgeld für einen puertoricanischen Freiheitskämpfer

Das FBI hat das auf den puertoricanischen Freiheitskämpfer Filiberto Ojeda ausgesetzte Kopfgeld von 150 000 auf 500 000 Dollar erhöht. In der US-Kolonie Puerto Rico wird die Maßnahme massiv kritisiert. Nach Ansicht der Unabhängigkeitsbewegung „Congreso Nacional Hostosiano“ verbirgt sich hinter der wieder aufgenommenen Hetzjagd auf Ojedo der Versuch, die Öffentlichkeit von der geforderten Freilassung von 15 politischen Gefangenen aus US-amerikanischen Gefängnissen abzulenken, für die die puertoricanische Gruppe eintritt.

(Zusammenstellung: hav)



SAARBRÜCKEN. Vom 22. Februar bis zum 28. März wird die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ im VHS-Zentrum in Saarbrücken gezeigt. Für den 20.2. rufen die Jungen Nationaldemokraten und das „Aktionsbündnis gegen Anti-Wehrmachtausstellung“ zu einer Demonstration des „Nationalen Widerstandes“ auf. Unterstützt wird das Aktionsbündnis von Stahlhelm LV Saar und Pfalz, NPD LV Saar, Freundeskreis Saar-Pfalz, Blood & Honour Saar, sowie Einzelmitgliedern von REP und DVU. Treffpunkt der Faschisten ist um 12 Uhr auf dem Parkplatz der Kongresshalle. An diesem Tag sollen verschiedene Gegenaktivitäten stattfinden. Geplant ist ein dezentrales Konzept mit mehreren Kundgebungsarten und Kleingruppenaktivitäten. Am späten Nachmittag soll eine Antifa-Demo unter dem Motto „Zusammen gehört uns die Zukunft – organisiert den antifaschistischen Widerstand“ in der Saarbrücker Innenstadt stattfinden. Das Obermotto für alle Aktivitäten autonomer Antifaschisten an diesem Tag lautet. „Es ist unsere Stadt – Kein Fußbreit den Faschisten.“

Infotelefon ab 5.2.99: 0177/4514663 neueste Infos auf Band, ab 19.2. ist das Infotelefon rund um die Uhr besetzt. Antifa Saar und Antifaschistische Aktion Neunkirchen

Foto: res

Nein zu Nazi-Aufmarsch, „Blutsrecht“ und Rassismus!

MAGDEBURG. Der Landesverband Sachsen-Anhalt der NPD ruft mit Unterstützung „unabhängiger Kameradschaften“ und „Freier Aktionsgruppen im Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ für den 27.2. zu einer Demonstration auf dem Magdeburger Domplatz auf.

Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Keine deutschen Pässe für Aus-

länder“ und ist nach Einschätzung des Magdeburger „Arbeitskreis Antifaschismus“, Auftakt und Teil einer auf dem NPD-Bundesparteitag beschlossenen Kampagne „gegen doppelte Staatsbürgerschaft und Integration“.

Für die Kampagne, mit der die Nazis die durch die CDU/CSU-Unterschriften-Aktion angeheizte Diskussion für sich nutzen wollen, können gleichfalls Unterschriftenlisten beim NPD-Bundesvorstand bestellt werden. Anmelder der Demonstration ist der NPD-Landesvorsitzende Steffen Hupka.

Der „Arbeitskreis Antifaschismus“ Magdeburg bemüht sich derzeit um die Schaffung eines überregionalen Bündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch und gegen rassistische Stimmungsmache. Das Motto der angelaufenen Mobilisierung ist „Nein zu Naziaufmarsch, „Blutsrecht“ und Rassismus! Gleiche Rechte für alle!“

Über das von den AntifaschistInnen eingerichtete **Infotelefon 0172/30 17 429** sind weitere Infos zu erfahren.

aus Antifaschistische Nachrichten

Proteste gegen die Demagogie der CDU

Foto oben links und Mitte: arbeiterfotografie



Familienpaß soll abgeschafft werden!

Stuttgart. Schon wieder liegt ein neuer Vorschlag des Jugendamtes für eine neue Gebührenstruktur vor. Das Anliegen, nämlich die Struktur klarer zu machen und den Verwaltungsaufwand zu verringern, scheint hier erst mal gegeben.

Die bisherigen Vorschläge, wir berichteten in den *Politischen Berichten* 13/98 und 15/98, sind total überarbeitet worden. In diesen Vorschlägen war vorgesehen, die Gebühren strikt einkommensabhängig zu berechnen. Anlaufstelle sollte hierzu das Sozialamt sein; die Gebühr sollte sich – ausgehend vom Sozialhilfesatz – staffeln. Eine stundenweise Betreuung sollte gebucht werden können. Insgesamt war vorgesehen, 3 Millionen einzusparen. Nun dreht sich das Jugendamt mit seinem Vorschlag um 180°.

Die neuen Gebühren

Nach dem neuen Vorschlag wird stundenweise berechnet werden, das heißt alle Eltern zahlen die Stunden, die sie auch in Anspruch nehmen. Die Einkommensstaffelung fällt ganz weg, der Verwaltungsaufwand war zu groß.

Für vier Stunden Betreuung sind in dem Vorschlag 66 DM vorgesehen, 99 DM für sechs Stunden und für acht Stunden dann 232 DM, inklusive der 100 DM-Mittagessenpauschale. Der Hort wird nur noch mit 6 Stunden veranschlagt, was dann inklusive Mittagessen 199 DM ausmachen wird; der Früh- bzw. Spätdienst wird zusätzlich mit 33 DM berechnet.

Auf den ersten Blick kein schlechter Vorschlag. Allerdings empfinden viele Eltern die Kosten für das Mittagessen mit 100 DM als zu hoch; und beim Früh- und Spätdienst gibt es auch noch Ungereimtheiten, denn viele Eltern brauchen ihn oft nur eine halbe Stunde, zahlen dann aber voll für zwei.

Abschaffung des Familienpasses

Sozialhilfe beziehende Familien und Familien, die sich gerade am Rande zum Sozialhilfebezug befinden, sollen aber in Zukunft deutlich schlechter gestellt werden. Denn leider kommt bei dem Vorschlag des Jugendamtes hinzu, daß der Gemeinderat den Familienpaß abschaffen will, der immerhin bei der Stufe A zu 35%iger Ermäßigung der Beiträge geführt hat, bei Stufe B noch zu 20%iger. Sozialhilfeempfänger, die ihre Kinder in der Tagesstätte haben, sollen gleich behandelt werden wie bisher; bei ihnen wird der Betrag bis auf einen Mittagessenbeitrag von 40 DM übernommen. Seltsamerweise sollen die Kindergarteneltern hier ausgenommen werden: „9. Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zahlen im Kindergarten die normale Gebühr, im Bereich der Ganzta-

geseinrichtungen nur ein ermäßigtes Essensgeld von 40 DM.“ (Satzungsvorschlag)

Geschwisterermäßigung für große Familien wird schlechter

Bei der Geschwisterermäßigung birgt die neue Struktur Vor- und Nachteile: Postiv ist, daß alle Geschwister bis zum 18. Lebensjahr berechnet werden, nicht nur die, die städtische Einrichtungen besuchen. Allerdings ist der Stuttgarter Gesamtelternbeirat der Meinung, daß die Gebühren für solche Familien, die viele Kinder haben, steigen, denn die Ermäßigung pro Geschwisterkind wird niedriger sein als bisher.

Einige Beispiele:

Bisher bezahlen Eltern mit vier Kindern jährlich 168 DM für eine vierstündige Betreuung, wenn ein Kind die Einrichtung besucht, in Zukunft sollen sie 286 DM bezahlen.

Besuchen zwei Kinder von dreien eine Einrichtung, kostet das bald 880 anstatt 852 DM wie bisher.

Bei Inhabern des Familienpasses A, sieht die Rechnung folgendermaßen aus:

Für sechs Stunden im Regelkindergarten sollen für ein Kind nun 1089 DM anstatt 840 DM bezahlt werden müssen, bei zwei Kindern in der Einrichtung 1738 statt 852 DM.

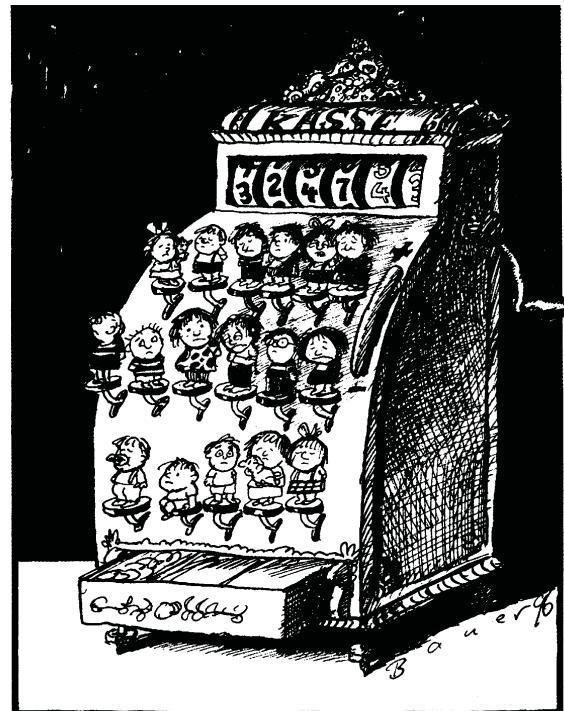
Bei Inhabern des Familienpasses B: Für sechs Stunden Kindergarten mit veränderter Öffnungszeit soll für eines von vier Kindern in der Einrichtung 440 DM statt wie bisher 336 DM bezahlt werden und für zwei Kinder in der Einrichtung 1738 DM statt 1224 DM.

Haushaltseinsparungen zu Lasten großer Familien und der Armen

Die geplanten Haushaltseinsparungen sollen also aufgebracht werden von Eltern, die mehrere Kinder in der Einrichtung haben, und von Eltern, die bisher einen Familienpaß besaßen. Dies will der Gesamtelternbeirat nicht hinnehmen. Er führt dazu eine Elternbefragung durch.

590 500 DM, so plant die Bürgermeisterin Müller-Trimbisch, sollen durch die neue Gebührenordnung mehr eingenommen werden. Da sind die erhöhten Zuschüsse, die Stuttgart vom Land zu erwarten hat, noch nicht miteingerechnet.

Als Ausgleich für den Familienpaß bietet die Stadt eine Karte an, die für die Familien wesentliche Einbußen bringen wird. Konnten beispielsweise jetzt die Familien 40mal jährlich die Bäder besuchen, soll dies nur noch viermal möglich



sein; ein Wilhelma-Besuch ist sogar nur noch einmal im Jahr vorgesehen. Die Verbilligung von Vereinen und Freizeiten soll dann ganz entfallen. Eine sehr „familienfreundliche“ Politik bahnt sich da wieder an. Die Schülermonatskarte von 40 DM für alle Schüler bringt dagegen keine großen Entlastung.

„Kinderparken“ vorerst zurückgestellt

Die vorgeschlagene stundenweise Betreuung von Kindern in den Kindergärten, die ganz nach dem „Bedürfnis“ sprich Geldbeutel der Familien gebucht werden soll, ist zunächst einmal nicht in der neuen Satzungsordnung berücksichtigt; aber im nächsten Kindergartenjahr sollen Pilotprojekte dazu laufen. Der Protest hat doch zunächst einmal gewirkt.

Erzieherinnen und Eltern wollen daran festhalten, daß für die Entwicklung der Kinder eine sechsständige Betreuung notwendig ist. Freundschaften zu pflegen, sich Streiten und Vertragen, für das Leben zu lernen, interessante Erfahrungen zu machen, dazu braucht es Zeit. Die meisten Kinder hätten gerne diese Zeit, und die meisten Eltern würden ihren Kindern diese Zeit auch gerne zugestehen. Deshalb darf sie nicht zum Kostenfaktor werden!

Glücklicherweise sind in diesem Jahr Gemeinderatswahlen, so daß die Rechnung nicht ganz ohne den Wirt gemacht werden kann. Eltern und Erzieherinnen stellen sich jedenfalls schon mal auf wichtige Auseinandersetzungen ein.

unb

Die Sachkompetenz anderer miteinbeziehen

Im September finden in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen statt. Der Landesverband der PDS bereitet sich auf diese große Herausforderung vor. Klar ist, daß eine Kandidatur flächendeckend nicht möglich ist. Der ein oder andere Kreisverband überlegt aber doch, ob eine Kandidatur zweckmäßig ist. Außerdem werden frühere Mitglieder der Grünen aus Heimbach und Freien Wählern aus Stollwerk, die inzwischen PDS-Fraktionen gebildet haben, ihre Sitze verteidigen. Daraüber hinaus gibt es in NRW die Demokratische Linke in Wülfrath und einzelne DKP-Sitze.

Peter Oberhaus von der Wuppertal PDS beschreibt im PDS-Landesinfo NRW die Anforderungen wie folgt: „Diese Diskussion sollte in aller Besonnenheit und möglichst streßfrei erfolgen ... Die erste Frage muß meines Erachtens sein, ob wir inhaltlich ausreichend auf die Kommunalwahlen vorbereitet sind, bzw. uns zutrauen, rechtzeitig „fit“ zu sein. Eine Kandidatur beinhaltet unabdingbar, daß in den Kreisen kommunalpolitische Positionen erarbeitet werden, möglichst ein örtliches Programm.“

Wie die PDS in Wuppertal kommunalpolitische Positionen erarbeitet hat, beschreibt der folgende Artikel. jöd

Die Wuppertaler PDS ist zur Zeit damit beschäftigt, eine stadtbezogene Position zur Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) zu erarbeiten. Programmatisch liest sich der ÖBS-Vorschlag der PDS recht gut, in der Folgezeit wird es jedoch darauf ankommen, ihn regional, bzw. kommunal zu konkretisieren. Mehr Arbeitsplätze im öffentlichen Beschäftigungssektor – damit mehr soziale, kulturelle und ökologische Qualität. Wie könnte sich das konkret in Wuppertal vollziehen? Wo ist der Bedarf, wer könnten die TrägerInnen von ÖBS-relevanten Projekten sein? Mit diesen Fragen befaßt sich eine Arbeitsgruppe der PDS-Wuppertal, deren Ziel es ist, in den kommenden Monaten – eingebettet in die politischen Auseinandersetzungen zu den Kommunalwahlen 99 – einen örtlich bezogenen Vorschlag herauszu bringen.

Ob das gelingt und wie das letztlich aussieht, ist im Moment noch nicht absehbar. Absehbar ist hingegen bereits eine Herangehensweise der ÖBS-Arbeitsgruppe, die die Wuppertaler PDS auch vor zwei Jahren praktiziert hat, als sie den Entwurf eines kommunalpolitischen Programms erarbeitete.

Am Beginn des Arbeitsprozesses für den kommunalpolitischen Programmentwurf standen seinerzeit zahlreiche Gespräche mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen und

anderen Bewegungen und Einrichtungen in der Stadt. Wir sind im ersten Stadium der Erarbeitung zugegangen auf den örtlichen Sozialhilfeverein, auf ExpertInnen in Sachen Wohnungswesen, auf die Arbeitslosenhilfe, auf den AStA der Uni, auf BetreiberInnen freigetrager Kulturstätten, auf SachbearbeiterInnen verschiedener kommunaler Verwaltungsberreiche, auf Mitglieder des Ausländerbeirates, auf die örtliche VVN, auf Einrichtungen für Senioren und für Menschen mit Behinderungen, auf Betriebsräte kommunaler Verkehrsbetriebe, auf Menschen, die als SozialarbeiterInnen oder als Betroffene zum Themen Drogen(poli tik) etwas sagen konnten, auf LehrerInnen und andere sachkundige Menschen aus unterschiedlichen Bereichen des kommunalen Lebens. Wir sind zu diesen Menschen und Einrichtungen gegangen mit dem Ansinnen, ihre Sachkundigkeit für die Erarbeitung der kommunalpolitischen Positionen der PDS-Wuppertal zu erschließen.

davon“? Sondern wir haben sie gebeten, an der Erarbeitung unserer Politik teilzunehmen bevor irgend etwas getextet ist. Und eine solche Erfahrung hatten die Angesprochenen in der Regel noch nicht mit politischen Parteien gemacht, auch nicht mit den Grünen.

Herausgekommen ist seinerzeit im Ergebnis des Arbeitsprozesses ein kommunaler Programmentwurf, dem jede/r WuppertalerIn entnehmen konnte, daß konkrete örtliche Sachkenntnis aus ihm spricht. Einmal abgesehen davon, daß unser Kreisverband bisher keine Aktualisierung des Programms geschafft hat, weil dann der Bundestagswahlkampf herannahen und wir uns vor allem darauf konzentrierten, haben wir uns seinerzeit durch diese Herangehensweise kommunalpolitisch weiterqualifiziert. Denn es ist einleuchtend, daß das, was wir in den zahlreichen Gesprächen mit anderen erfahren haben, erheblich über das hinausging, was uns vorher bekannt war. Und wir gehen ohnehin davon aus, daß nicht die PDS die Weisheit gepachtet hat, sondern viele andere Menschen in ebenso vielen anderen Fragen mehr Kompetenz haben, als wir selbst.

Natürlich war der Programmentwurf nicht ein bloße Aneinanderreihung der Vorschläge, die wir durch die Einlassungen anderer erfahren hatten, sondern eine Verarbeitung dieser Erfahrungen im Kontext mit den grundsätzlichen kommunalpolitischen Positionen der PDS, z.B. zur Frage der Finanzierung der Kommunen, für mehr Demokratie vor Ort usw. Und selbstverständlich haben wir den Programmentwurf seinerzeit allen, die wir im Vorfeld beteiligt waren, zugestellt mit der Bitte, ihn noch mal kritisch durchzulesen. Dabei kamen nur noch wenige Korrekturvorschläge und zwar deshalb, weil die Beteiligten ihre Einlassungen im wesentlichen in dem Material wiederaufanden.

Jetzt, da wir speziell zum ÖBS-Thema örtlich etwas machen wollen, gehen wir einen ähnlichen Weg. Wir konfrontieren Menschen aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen und anderen Bereichen/Einrichtungen mit der Frage: „Wo könntest Du Dir in Deinem Wirkungsfeld beschäftigungswirksame Maßnahmen vorstellen, die zugleich mehr Lebensqualität für unsere Stadt bedeuten?“

Wir sind zuversichtlich, daß wir im Ergebnis dieser Gesprächskampagne einen fundierten örtlichen Vorschlag in die kommunalpolitische Auseinandersetzung einbringen werden und mit den dann gemachten Erfahrungen gewiß auch innerhalb der PDS den Gedanken austausch zur Umsetzung von ÖBS-Möglichkeiten beleben können.

PDS-Kreisverband Wuppertal – pob

Gesellschaft von unten verändern – linke Politik beginnt vor Ort

Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Nordrhein-Westfalen

im Jugendgästehaus Köln-Rhinel

An der Schanz 14

Samstag, 27. März 1999,
11.00 bis 18.00 Uhr

Mit Diskussionen, Vorträgen und Arbeitsgruppen über:

- Kommunale Bürgerbeteiligung
- Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor in der Kommune
- Drogenpolitik vor Ort
- Gleichstellungspolitik
- Lokale Agenda 21
- Öffentliche Sicherheit – gegen Sicherheitspartnerschaften

Bevor wir selbst den ersten Satz für den Programmentwurf formulierten, haben wir uns also sachkundig gemacht, was in den verschiedenen kommunalen Bereich passiert und welche Erwartungen Menschen, die dort beruflich oder ehrenamtlich engagiert oder einfach betroffen sind, an eine linke Kommunalpolitik hegen.

Die Angesprochenen, die wir stets ehrlich darüber informiert haben, was unser Ansinnen ist, haben nahezu alle positiv auf unsere Herangehensweise reagiert. Denn wir sind eben nicht zu diesen Menschen gegangen mit einem Textentwurf in der Hand und der Frage: „Was hältst Du



,Clement nimm den Hut – Wir vom LVR sind gut“

DÜSSELDORF. 6 000 Beschäftigte des Landschaftsverbandes Westfalen demonstrierten am 1. Februar in Lüdenscheid, 4 000 Beschäftigte des Landschaftsverbandes Rheinland in Düsseldorf.

Anlaß war die Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion, die die von NRW-Ministerpräsident Clement vorgelegten Pläne zur Verwaltungsreform in NRW bereit. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft ÖTV. Clement will die Landschaftsverbände auflösen und ihre Aufgaben den fünf Regierungspräsidenten zuweisen, deren Funktionen in Dienstleistungszentren umgewandelt werden sollen.

Die Beschäftigten befürchten den Abbau von bis zu 22.000 Arbeitsplätzen in den „Mittelinstanzen“.

Clement sagte in Lüdenscheid zu, daß es keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Das reicht den Beschäftigten und der ÖTV nicht. Die ÖTV hat auch an Clements Stil massive Kritik: Die Pläne seien bisher weder mit der Gewerkschaft noch mit den Personalräten vernünftig beraten worden, Mitbestimmungsrechte würden nicht gewahrt. Solch ein Stil sei in NRW neu.

Auch aus anderen Richtungen gibt es Kritik an Clements Plänen: Der Städte- tag befürchtet die Abwälzung von Aufgaben auf die Städte, ohne finanzielle Deckung; die Ruhrgebietsstädte wollen – wie B. 90/Die Grünen – einen eigenen Regierungsbezirk, was die SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich ablehnt

Veranstaltungsbericht 100 Tage Rot-Grün in Bonn

HAMBURG. Zur Bilanz des Regierungswechsels und dem Versuch, die Fragen zu beantworten, wo sich die Politik geändert hat und was nun anders werden müsse und könne, trafen sich im Curio-Haus die Hamburger Mitglieder des Bundestages Olaf Scholz (SPD) und Kristin Heyne (Bündnis 90/Die Grünen) mit Vertretern von Gewerkschaften und Initiativen. DPG, HBV, GEW, das Hamburger Forum, die Euromarsch-Initiative und die Koordinierungsstelle der Arbeitsloseninitiativen hatten eingeladen.

Wie nicht anders zu erwarten, stellten die beiden Abgeordneten der Regierungsmehrheit in Bonn die vielen kleinen positiven Schritte der Bundesregierung in die richtige Richtung heraus: Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts, Einstieg in die Ökosteuer, Stärkung der Renten- kasse durch 2 Mio. zusätzliche Beitragszahler, 100.000 Ausbildungsplätze- und 100.000 Solardächerprogramm sowie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Da- gegen kritisierte Eckart Spoo (Hannover, Mit-Initiator der Erfurter Erklärung) die Erweiterung des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung um das Thema Wettbe- werbsfähigkeit, womit „das schlimmste Stichwort des Neoliberalismus“ wieder zum Gegenstand geworden sei, und die Nichtwiedereinführung der Vermögens- steuer. Er stellte das gerade auf dem jüngsten Erfurter Ratschlag vorgelegte Pro- gramm „1 Million Arbeitsplätze jetzt!“

vor, das der öffentliche Beschäftigungs- sektor, ohne an die Zustimmung der Wirt- schaft gebunden zu sein, mit nur 4,7 Mrd. DM Zusatzkosten binnen eines Jahres realisieren könne (siehe nebenstehenden Kasten einschließlich der finanziellen Durchrechnung). Jens Amthor (Vorsitzender der DPG) mahnte an, daß eine an- dere politische Vision sichtbar werden müsse, die die Umverteilung von oben nach unten zum Mittelpunkt haben müsse. Uli Meinecke (Geschäftsführer der HBV) hielt den außerparlamentarischen Druck für einen Politikwechsel für nötig. Anna Ammon (Vorsitzende der GEW) begrüßte das 100 000-Ausbildungsplatz- programm, fragte aber, was mit den an- deren 400 000 arbeitslosen Jugendlichen werde und warum es keine Ausbildung- platzumlage gäbe. Zwar seien Forschung und Hochschulen mit 1 Mrd. DM mehr besser finanziert, aber die Begründung „zur Steigerung der Leistung und Effizi- enz und des Wettbewerbs“ lasse sie nach dem Staatsverständnis der Koalitionäre fragen. Prof. Norman Paech (HWP, Mit- Initiator der Erfurter Erklärung) kritisierte die Außenpolitik: Joschka Fischer betone die Kontinuität, z.B. daß die Na- to ohne UNO-Mandat Weltgendarms wei- terspiele. Er kritisierte die Fortsetzung der Verlogenheit: einerseits Kosovo – an-

dererseits Nato-Partner Türkei. Wo gäbe es eine Kurdistan-Kontaktgruppe oder eine OSCE-Mission nach Kurdistan? An- gesichts von drei Millionen Flüchtlingen in Kurdistan sei doch auch hier nach hu- manitären Maßnahmen zu fragen. Und drittens sei jetzt der Ausstieg aus der Atomwaffenpolitik möglich. Die BRD habe sich in der UNO-Vollversammlung aber nur enthalten, als 97 andere Staaten dafür gestimmt hätten. Das alles sei „so- gar kosteneutral“. Eine Bemerkung, die sogleich K. Heyne übelnahm, verstand sie sie doch zu Recht als prinzipielle, harte Kritik.

Die z.T. heftige nachfolgende Diskus- sion machte ein Dilemma deutlich. Reden- ten die Vertreter der Regierungsmehrheit genüßlich detailliert von den kleinen Schritten zur Verbesserung, so wuchs bei Gewerkschaftern und Initiativlern der Frust, daß nicht noch mehr geschieht, weil mehr geschehen könnte. Die Regie- rungsvertreter aber können nicht andauernd sagen: Mehr geschieht nicht aus Rücksicht auf das Kapital. Wehren diese Parlamentarier weitergehende Forde- rungen mit der dauernden Bemerkung ab, es sei alles viel schwieriger, und um- schiffen eloquent kritische Fragen (so nach der Doppelzüngigkeit in der Außen- politik, nach dem 1-Million-Arbeitsplat- zeprogramm im öffentlichen Bereich oder ihrem Staatsverständnis), ist die Neigung bei den außerparlamentari- schen Gruppen um so geringer, die klei- nen Schritte zur Verbesserung als solche zu würdigen. Weder geben die Parlamen- tarier zu erkennen, wo sie außerparla- mentarischen Druck gegen rechte Politik als willkommen betrachten, noch kon- zentrieren sich Gewerkschaften und In- itiativen auf ein, zwei Felder der Politik, wo jetzt Veränderungen gegen Wider- stand durchgesetzt werden können. Ob die Hoffnung trügt, über eine EU-abge- stimmte Außen- und Steuerpolitik besse- re Lösungen zu finden, wird sich zeigen. Die außerparlamentarische Opposition jedenfalls hat auf dieser Veranstaltung dazu zu wenig argumentiert, offensicht- lich, weil sie sich zu wenig mit der Frage der realen Durchsetzung beschäftigt hat und auch für sie Europa zu weit weg ist, sie auch schlicht keine Ahnung davon hat. Die in der Kohl-Zeit vielleicht aus- reichende Strategie, Forderungen aufzu- stellen, reicht spätestens heute nicht mehr, wo erwartet werden muß, damit mit Rot-Grün auch die Umsetzung diskutiert werden kann. Die Parlamentarier der Re- gierungskoalition sollten sich hüten, die Abwehr weitergehender Forderungen mit Argumenten der abgewählten Kohl-Regierung zu begründen (K. Heyne: „Ein Land mit hohem Export wie die BRD muß auf Wettbewerbsfähigkeit achten“, oder „ich bin dagegen, die Schule völlig zu pri- vatisieren“). Kurz: Ein schwieriger, aber notwendiger Dialog, an dem sich aber noch viel mehr kritische Linke beteiligen sollten. Gerade jetzt ist frustriertes Sich- Abwenden politisch falsch. Horst Bethge

wof

PDS: SachsenBank-Holding ist schlicht und einfach überflüssig

Auf großen und anhaltenden Widerstand bei den Beschäftigten, aber auch bei vielen Kommunen stößt die sächsische Landesregierung unter Biedenkopf bei ihrem Vorhaben, eine landesweite Sparkassen-Holding zu bilden und diese Holding dann mit der Landesbank zu einer neuen „Sachsen-Bank“ zu fusionieren. Diese „Sachsenbank“ gilt schon länger als eines von CDU-Ministerpräsident Biedenkopfs „Lieblingsprojekten“.

Die Beschäftigten der 23 Sparkassen fürchten zu Recht Beschäftigungsabbau, die Kommunen eine Beseitigung ihrer Mitspracherechte bei der Kreditpolitik der Sparkassen.

Am 31. Januar demonstrierten auf Aufruf der Gewerkschaften HBV, DAG, ÖTV u.a. mehrere tausend Beschäftigte in Dresden gegen das Vorhaben, das nach den Befürchtungen der Gewerkschaften 4.000 der 14.000 Sparkassenbeschäftigen ihren Job kosten kann.

In einem gemeinsamen Schreiben forderten DGB, DAG, ÖTV und HBV die Landtagsparteien auf, das Vorhaben zu blockieren. Hier die Antwort des parlamentarischen Geschäftsführers der PDS-Fraktion, André Hahn:

„Die PDS-Fraktion bleibt auch nach der kosmetischen Korrektur des Holding-Modells durch die CDU-Fraktion dabei, daß sie der Sparkassen-Holding nicht zustimmen kann. Insoweit rennen die Gewerkschaftsvorsitzenden in der PDS-Fraktion offene Türen ein.“

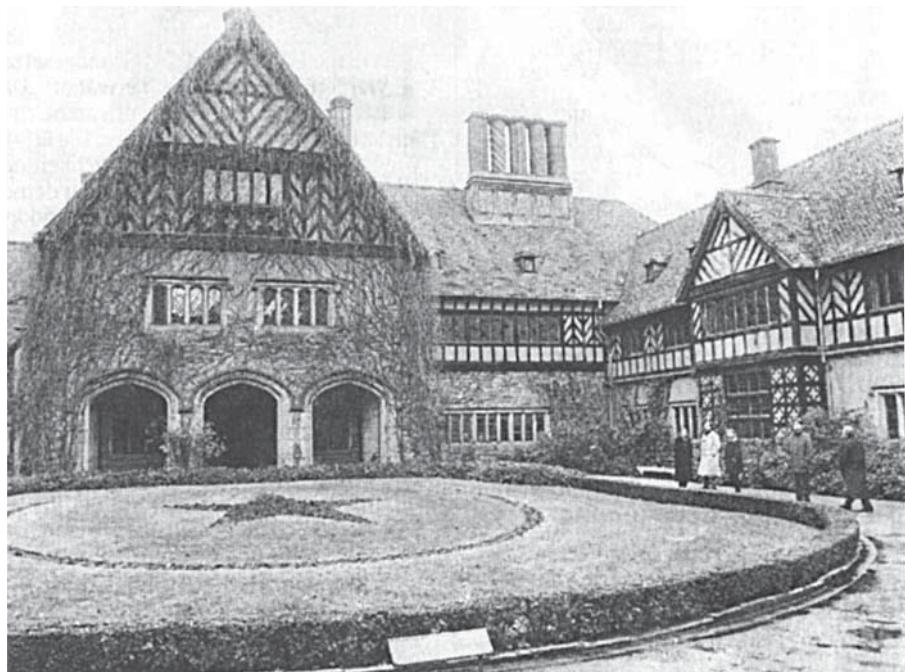
Alle Rettungsversuche der CDU-Fraktion können den entscheidenden Geburtsfehler des Modells nicht aus der Welt schaffen: Die Holding, welchen Namen das Kind auch letztlich bekommen möge, hat im Kern nur das Ziel, die Landesbank für einen Bräutigam schön zu machen – die Sparkassen sind dabei die Mitgift.

Mit der Holding ist weder den Interessen der Sparkassen und ihrer Beschäftigten noch der kommunalen Selbstverwaltung gedient.

Die PDS wird Bemühungen, dem Holding-Modell per Volksgesetzgebung eine Abfuhr zu erteilen und die regionale Verankerung der Sparkassen zu gewährleisten, nach Kräften unterstützen.

Zudem wird sie in den Kreistagen darauf hinwirken, daß klare und eindeutige Beschlüsse gegen einen Beitritt der regionalen Sparkassen gefaßt werden.

Andernfalls steht auch auf Kreisebene das in der Landkreisordnung verankerte Recht auf Durchführung von Bürgerbegehren zur Verfügung.“
(PDS-Fraktion im Landtag, Dresden, den 9.2.1999)



Ein Klage der Hohenzollern-Familie auf Rückgabe enormer Vermögenswerte, die nach dem Zweiten Weltkrieg von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt worden waren, ist am 4. Februar vor dem Potsdamer Verwaltungsgericht endgültig gescheitert. Ein Nachlaßverwalter der Familie hatte im Auftrag der gesamten Sippe auf die Rückgabe von 244 Grundstücken und Gebäuden in der brandenburgischen Landeshauptstadt geklagt. Die Grundstücke umfassen zusammen ca. 1 Million Quadratmeter, zu den Gebäuden zählt u.a. das berühmte Schloß Cecilienhof (Bild), verschiedene Villen, das Schloß Lindstedt, der Schloßpark Sanssouci, ein Exerzierplatz und die frühere Ulanenkaserne in der Stadt. Das Gericht entschied, die Beschlagnahme der Hohenzollerngüter sei eine „glasklare Sache“ gewesen und rechtmäßig. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Nun müssen die Kläger noch 300 000 DM Gerichtskosten zahlen. rül

Eisenhüttenstadt (Brandenburg)

Plattform gegen Rechts tagte

Über einen Streit zwischen SPD und PDS in Eisenhüttenstadt hatten wir vor einigen Ausgaben berichtet. Weil die PDS einen Kandidaten der SPD nicht mitgetragen hatte, hatte der SPD-Bürgermeister der PDS-Fraktion sogar „Kumpanei mit rechts“ vorgeworfen, der Berliner „Tagesspiegel“ hatte diesen Vorwurf weiterverbreitet. Tatsächlich bilden Mitglieder der Eisenhüttenstadt zusammen mit Jugendlichen und einem örtlichen Pfarrer den aktivsten Teil einer „Plattform gegen rechts“ in der Stadt. In der neuesten Ausgabe ihrer Zeitung berichtet die PDS Eisenhüttenstadt über die bisherige Arbeit dieses Bündnisses.

Im Sommer des letzten Jahres konstituierte sich auf Initiative der IG Metall in Eisenhüttenstadt, wie auch in einigen anderen Städten der Region die Plattform gegen Rechts. In der Plattform können sich Organisationen und Einzelpersonen, die etwas gegen die Verbreitung von rechtsextremen Gedankengut unter der Bevölkerung und die Erstarkung von rechtsextremistischen Parteien unternehmen wollen, in dieser Frage gemeinsam aktiv werden. Es ist der kleinste ge-

meinsame Nenner von teils sehr unterschiedlichen Menschen, etwas in dieser sehr wichtigen Frage gemeinsam zu unternehmen. Verschiedene Auffassungen auf anderen Gebieten und entsprechendes Handeln werden dadurch nicht tangiert. So ist selbstverständlich auch die Gebietsorganisation Eisenhüttenstadt der PDS Mitglied der Plattform gegen Rechts und nimmt regelmäßig an ihren Tagungen teil.

Nach der Gründung und ihren ersten Aktivitäten im 2. Halbjahr 1998 tagte am Montag, den 18. Januar die Plattform gegen Rechts zum ersten Mal im neuen Jahr. Nach einer kurzen Auswertung der Veranstaltung von 9.11.1998, dem „Friedensweg“ zu einigen Gedenkstätten von verschiedenen Opfern des Faschismus im Ortsteil Fürstenberg wandten sich die Mitglieder der Plattform den Aufgaben für das neue Jahr zu.

Angedacht sind bisher verschiedene kleinere Ausstellungen zu Themen, die mit der Nazidiktatur oder dem Friedenserhalt in Verbindung stehen, Vorführungen von Videos mit anschließender Diskussion, evtl. ein Vortrag durch eine ent-

sprechend bekannte Persönlichkeit aus Politik, Kultur o.ä. und eine Veranstaltung zum 1. September. Für die Realisierung der Vorhaben wird die Logistik der Mitglieder, bzw. der Organisationen, die sie vertreten genutzt. Eine entsprechende Initiative über den Kultusausschuß der Stadtverordnetenversammlung ist ebenfalls vorgesehen. Ideen gab es genug, die Realisierung wird in den nächsten Monaten in Angriff genommen. Besonders interessierten Fragen, wie eine möglichst breite Öffentlichkeit und insbesondere Jugendliche durch die Aktivitäten der Plattform erreicht werden können.

Die Plattform kritisiert die Unterschriftenaktion der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als eine objektiv Ausländerfeindlichkeit und rechte Parteien begünstigende Aktion. Zur Frage der doppelten Staatsbürgerschaft selbst gibt es dagegen in der Plattform unterschiedliche Auffassungen.

Weitere Mitstreiter mit dem verschiedenen gesellschaftlichen Hintergrund sind dem Selbstverständnis der Plattform nach herzlich zur Mitarbeit eingeladen. Die nächste Tagung findet am Montag, den 15. Februar um 18.00 Uhr im Gemeindezentrum der evangelischen Friedenskirchgemeinde statt.

Jörg Mernitz, in: „Links der Oder“ (LDO), Zeitung der PDS Eisenhüttenstadt 2/99

Geldstrafen wegen Unterstützung eines Totalverweigerers

Weil sie am 3. Juli 1995 die Räume des Truppendiftgerichts Nord in Potsdam vorübergehend besetzt hatten, um gegen eine neuerliche Verlängerung der Arreststrafen für einen Totalverweigerer zu protestieren, hat das Amtsgericht Potsdam am 12. Februar zwei Mitarbeiter der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär“ zu Geldstrafen verurteilt.

Der Totalverweigerer Lothar Lehmann hatte zum Zeitpunkt der Protestaktion bereits 84 Tage ununterbrochenen Arrest verbüßt, hatte die Kampagne ihre Aktion 1995 gemacht. „Noch niemals hat in der Bundesrepublik ein Totalverweigerer unter dem Eindruck des Arrests seine Gewissensentscheidung revidiert“, begründete Christian Herz, einer der Beschuldigten, die damalige Aktion. Der Arrest sei faktisch Beugehaft. Die Aktion sei ein Protest gegen die unsinnige und rechtswidrige Arrestverhängung durch die Bundeswehr gewesen.

Das Gericht erkannte die Motive an, verhängte aber dennoch Geldstrafen. Christian Herz von der Berliner „Kampagne ...“ wurde wegen Hausfriedensbruch zu 15 Tagessätzen à 20 DM verurteilt, Lutz Böde von der Potsdamer „Kampagne ...“ zu 40 Tagessätzen à 20 DM wegen Hausfriedensbruch und Verunglimpfung von Staatssymbolen. Der Staatsanwalt will gegen die „milden Urteile“ Berufung einlegen. *rül*

KOMMUNALFINANZEN:

Hannover. Die Fraktion der Grünen im niedersächsischen

Landtag hat beantragt, den vorgelegten Entwurf zum Finanzausgleich zurückzuziehen und stattdessen die Zahlungen an die Kommunen für 1999 in einem Vorschaltgesetz zu regeln, mit dem das bisherige Verteilungssystem für ein weiteres Jahr gilt. Das damit geschaffene Moratorium soll genutzt werden, „•um einen Konsensdialog mit den Kommunen und anderen betroffenen Gruppen ohne Zeitdruck zu führen, •um die massiven inhaltlichen Einwände gegen den vorgelegten Gesetzentwurf und die Alternativen dazu zu prüfen und zu erörtern, •um die erneuten verfassungsrechtlichen Bedenken auszuräumen und damit die Bestandskraft des Gesetzes zu verbessern, •um den Prozeß der Aufgabenkritik bei den Kommunen voranzutreiben und damit neue Finanzspielräume zu eröffnen.“

EINKAUFSRING:

Aichach/Friedberg. Auch die Kommunen wollen günstigen Strom. Deshalb ruft der Rehlinger Bürgermeister in einem Schreiben an die Gemeinden des bayerischen Landkreises zur Bildung einer Art „Einkaufsring“ auf, um beim jeweiligen Stromversorger „durchgreifend positive Verhandlungen“ führen zu können. Mit einbeziehen möchte er den Landkreis Aichach-Friedberg mit seinen zahlreichen Liegenschaften (Verwaltungsgebäude, Schulen und anderes).

SB-MÄRKTE:

Frankfurt/Main. Der kommunale Planungsausschuß billigte jetzt mit den Stimmen von SPD und CDU einen Magistratsbericht, wonach 15 neue Standorte für den großflächigen Einzelhandel ausgewiesen werden sollen. In der Begründung wird behauptet, daß „die bisherige restriktive Politik eine ausgewogene Versorgungsstruktur nicht mehr gewährleiste“. Die Grünen lehnten den Bericht ab.

KOMMUNALWAHLEN:

Markneukirchen. Auf 16 Abgeordnete soll mit der Kommunalwahl am 13. Juni der Stadtrat in Markneukirchen reduziert werden. Nur eine Stadträtin der PDS stimmte dagegen; sie kritisierte die Einschränkung der Mitsprachemöglichkeiten: Obwohl die Einwohnerzahl mit der Eingemeindung von Landwüst um 360 auf etwa 7.800 anstieg, werden Stadträte von 19 auf 16 reduziert. Zwar hat Bürgermeister Hoyer (Freie Wähler) die Gemeindeordnung des Freistaates Sachsen auf seiner Seite (sie schreibt für Kommunen zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern 16, 18 oder 20 Stadträte vor), doch die Entscheidung liegt bei den Kommunen. Und hier besteht offensichtlich Furcht vor der nächsten Wahl. Bei der Bundestagswahl im September

1998 sackte die CDU in der Wählergunst von 49,9% (1994) auf 37,1%. Die SPD legte deutlich zu: von 27,3% auf 32,0% und die PDS legte kräftig nach: von 8,3% auf 12,3%. Die FDP verlor leicht: 5,9% statt 6,0%. In Landwüst lag im September 1998 die CDU hinter der SPD, und die PDS als drittstärkste Kraft brachte es auf mehr als 10%. Die Angst, daß mit der Wahl im Juni eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses verbunden sein könnte, sitzt tief.

OFFENE LISTE:

Mannheim: „Die PDS Basisorganisation Mannheim wird sich nicht als Organisation an den Kommunalwahlen 1999 in Mannheim beteiligen. Sie stellt ihren Mitgliedern die Beteiligung an einer linken Kandidatur zu den Kommunalwahlen frei. Sie legt ihren Schwerpunkt auf die Europawahlen, auf das Ziel des Einzugs der PDS in das Europaparlament und auf die Konkretisierung und Entwicklung der PDS-Positionen für eine linke Politik vor Ort.“ (Beschluß der BO) Damit wird es aller Voraussicht nach links von der SPD und Grünen eine offene Liste der DKP geben. Ausschlaggebend für die Entscheidung war einerseits die Selbsteinschätzung der für die Entfaltung einer eigenständigen Kommunalpolitik zur Verfügung stehenden Kräfte der BO, andererseits die Feststellung, daß sonstige örtliche Kräfte, die an unterschiedlichen Punkten linke politische Arbeit betreiben, offensichtlich kein Interesse an einer Kandidatur-Beteiligung haben. Inwiefern eine tragfähige inhaltliche Grundlage für eine gemeinsame offene Liste möglich wäre, ist eine Frage, die nicht weiter vertieft wurde.

LITERATURHINWEIS:

Dresden. Das Kommunalpolitische Forum Sachsen (KFS) hat beim Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. Dresden eine Studie erarbeiten lassen, die nun erschienen ist: „Zu Voraussetzungen und Auswirkungen der Entwicklung regionaler Kreisläufe“. Regionale Kreisläufe umfassen insbesondere •die stofflichen Austauschbeziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten, zwischen Produzenten und Konsumenten in der Region, •die arbeitsteiligen, kooperativen Beziehungen zwischen den Wirtschaftsakteuren der Region, sowie •Ware-Geld- und Kapitalbewegungen innerhalb der Region. In der Studie wird der Fragestellung nachgegangen, welche Voraussetzungen und Chancen für die Revitalisierung regionaler Kreisläufe bestehen. Zugrunde gelegt sind empirische Falluntersuchungen aus dem Gebiet Weinböhla-Coswig in der Randzone des Verdichtungsraumes Dresden und dem Gebiet um Bad Schandau in der Sächsischen Schweiz. Preis: 12 DM. Bezug über KFS, Tel. 0351/8045663, Fax 8045664.

Zusammenstellung: baf



Zu den Bildern von oben nach unten: Warnstreik bei oce in Poing bei München am 4.2. (rechts oben) • Am 10.2. beteiligten sich trotz grimiger Kälte über 9000 Menschen an einer IG Metall-Kundgebung in Schweinfurt, die größte Aktion der IG Metall in den letzten 15 Jahren. Nach der Kundgebung kehrte ein großer Teil der Streikenden nicht mehr an die Arbeit zurück. Bild (l.o.): Vor dem Hauptwerk der Mannesmann Sachs AG am 3.2. • Auch im Rhein-Main-Gebiet wurden gegen das provozierende Angebot der Arbeitgeberverbände Warnstreiks durchgeführt: im Bild (l.) Aktion in Darmstadt • Warnstreik am 4.2. bei der Widia GmbH in Essen (r.) • Zwei Kundgebungen fanden am 7.2. in Mannheim statt mit 1300 und 8000 Teilnehmern • In Köln (Bild l.) beteiligten sich insgesamt 28 große und mittlere Betriebe • Am 29.1 und 1.2. nahmen im Bereich der IG Metall Küste 53.000 an den Aktionen teil (Bild r.) • Auch in ländlichen Regionen war die Beteiligung hoch: Protestkundgebung am 29.1. in Teningen (Südbaden) mit an die tausend Metallerinnen und Metaller.



Tarifauseinandersetzung IG Metall

Aktueller Stand

Bayern: „Die Stimmung ist aufgeheizt“, sagte ein Sprecher der IG Metall-Bezirksleitung in München. Das Ergebnis schlug sich am Donnerstag in einem eindeutigen Votum der großen Tarifkommission nieder: Der Vorstand soll das Scheitern der Verhandlungen erklären und Urabstimmung zulassen. Die würde dann von 22. bis 24. Februar stattfinden. Ein Arbeitskampf könnte somit ab 1. März losgehen. „Unser Arbeitskampfkonzept steht“, über 100 Betrieben seien schon arbeitskampffähig. Dennoch soll die Tür für eine Lösung am Verhandlungstisch nicht zugeschlagen werden. „Ich hoffe, daß es noch eine Lösung wenige Minuten vor zwölf gibt“, sagte Bezirksleiter Werner Neugebauer. Mit über 77.000 Teilnehmern an Warnstreiks hatten die bayerischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen am Mittwoch ihre Forderung nach 6,5% mehr Lohn und Gehalt Nachdruck verliehen.

Berlin, Tarifgebiete I und II: Die vierte Verhandlungsrounde am 5. Februar hatte keine Lösung gebracht. Nach nur einer Viertelstunde wurden die Verhandlungen vertagt, ohne einen neuen Termin zu vereinbaren. Die Arbeitgeber hatten ihr Angebot – wie zuvor in Baden-Württemberg – lediglich um 0,3 Prozent erhöht (auf 2,3 Prozent plus 0,5 Prozent ertragsabhängiger Einmalzahlung). IG Metall-Bezirksleiter Hasso Düvel: „Ganze 0,3 Prozent mehr als bisher können wir nur als einen schlechten Scherz bezeichnen.“

Hamburg, Schleswig-Holstein, Unterweser, Nordwestliches Niedersachsen: Nur eine Stunde brauchte die große Tarifkommission, dann stand ihr einstimmiges Votum fest: sie stellt die Anträge auf Scheitern der Verhandlungen und Urabstimmung (für den 22. bis 24.2.) Die bisherigen Warnstreikaktionen hatten alle Erwartungen der IG Metaller an der Küste weitauß übertroffen. Das Tarifgebiet Mecklenburg-Vorpommern ist von dieser Entscheidung ausgenommen worden. „Ich bedauere, daß der Nordverbund nicht in der Lage ist, einen Tarifkompromiß am Verhandlungstisch zu finden“, hatte Frank Teichmüller, Bezirksleiter der IG Metall Küste, nach dem Abbruch der Verhandlungen Mitte der Woche gesagt.

Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: Bei der dritten Verhandlungsrounde am 2. Februar hatten die Arbeitgeber wieder kein neues Angebot vorgelegt. Stattdessen hatten sie die IG Metall zu Abstrichen an der 6,5-Prozent-Forderung aufgefordert. IG Metall-Bezirksleiter Klaus Mehrens hält das für eine „groteske Situation“. Nun hat die große Tarifkommission einstimmig das Scheitern der Verhandlungen beantragt, weil keine Aussicht bestehe, in Verhandlungen zu einem akzeptablen Ergebnis zu kommen. Die Urabstimmung soll vom 22. bis 24. Februar

stattfinden.

Niedersachsen: „Ich bin sicher, daß wir urabstimmen und einen Streik führen und auch erfolgreich beenden können“, sagte der niedersächsische IG-Metall-Bezirkleiter, Hartmut Meine, am Mittwoch. Durch die Absage der Gespräche durch die Arbeitgeber sei „eine mögliche Lösung für Niedersachsen über den Kopf der Leute hier hinweg zerschlagen“ worden. Auch im Hintergrund würde nicht mehr verhandelt. Nun hat die große Tarifkommission am Donnerstag beantragt, daß der Vorstand das Scheitern der Verhandlungen erklärt und grünes Licht für die Urabstimmung gibt – gestützt von rund 64.000 Warnstreikenden in den letzten Tagen.

Nordrhein-Westfalen: Einstimmig und ohne Enthaltungen votiert die große Tarifkommission in Nordrhein-Westfalen für einen Antrag auf Urabstimmung. „NRW denkt an ein Streikkonzept, das besonders auf kleine und mittlere Betriebe zielt“, sagte Bezirksleiter Harald Schartau. Gerade diese Betriebe hätten sich in den Tarifauseinandersetzungen als Bremser gezeigt. 200.000 Teilnehmer waren bei den Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen dabei – „eine Granate“, so hieß es in der Tarifkommission.

Nord-Württemberg/Nordbaden, Südwürttemberg/Hohenzollern, Südbaden: Dienstag um 10.00 Uhr beginnt in der Kongreßhalle von Böblingen der Schlichtungsversuch. Als Schlichter tritt Hans-Jochen Vogel, früherer Bundesjustizminister (SPD), auf. Ist bis Mittwoch um 24.00 Uhr keine Einigung erzielt, beginnt am kommenden Montag die Urabstimmung über Streik.

Bezirksleiter Berthold Huber ist „verhalten optimistisch“, daß es zu einer Lösung ohne Streik kommt. Er hat die Metallarbeiter davor gewarnt, ohne ein erhöhtes Angebot in die Schlichtung zu gehen. „Sonst wäre die Schlichtung von Anfang an als Showveranstaltung geplant gewesen“, sagte er, „wir sind an einer Lösung ernsthaft interessiert.“

Osnabrück-Emsland: Kurzfristig war die dritte Verhandlungsrundevertagt worden, die für den 2. Februar geplant war. Einen neuen Termin hatten IG Metall und Arbeitgeber nicht vereinbart.

Sachsen-Anhalt: Verwirrung hatte es zu Beginn der Verhandlungen gegeben: Die Arbeitgeber wollten gar nicht über Löhne und Gehälter verhandeln, weil durch das Spitzengespräch vom September ohnehin klar sei, daß ein West-Abschluß im östlichen Bundesland übernommen werde. Die IG Metall will in allen Tarifgebieten eigenständig verhandeln. Einigkeit bestand darin, den Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung zu verlängern. Die IG Metall will die Übernahme der Ausgebildeten von sechs auf zwölf Monate ausweiten. Ein für den 27. Januar geplantes Gespräch über die wirtschaftliche Lage in Sachsen-Anhalt wurde von den Arbeitgebern abgesagt. (Stand Dienstag, 16.2., 10 Uhr; www.igmetall.de)



Auch im öffentlichen Dienst fordern die Arbeitgeber Lohnverzicht. Am 3. Februar startete die ÖTV in 20 nordschwäbischen Kliniken dagegen eine Flugblattaktion. Am Augsburger Zentralklinikum wurden 2000 Blätter verteilt (siehe Foto). Darin und auf ihren Plakaten machen sie auf die Folgen der Sparpläne aufmerksam: Eine Krankenschwester würde 7000 DM im Jahr weniger verdienen, ein junger Arzt 9000 DM verlieren.

„Initiative für Beschäftigung“ im Rhein-Neckar-Dreieck

Große Arbeitsplatz„abbauer“ als Arbeitsplatzschaffende?

Eine „Initiative für Beschäftigung“ für den Rhein-Neckar-Raum hat kürzlich besonders in der Mannheimer Verwaltung und im Mannheimer Monopolblatt für Aufregung gesorgt.

Grund war schlicht der, daß das Mannheimer Stadtoberhaupt nicht gebeten worden war, Mitglied des illustren Kreises zu werden. Dies schien ganz besonders diskriminierend zu sein, da doch den Ober- oder Bürgermeistern von Ludwigshafen, Heidelberg, Viernheim und Neustadt eine Mitgliedschaft angetragen wurde (die sie natürlich auch annahmen).

Da OB Widder nun ein weiteres Mal kandidieren wird, ist die Chance noch nicht vertan. Die BASF ließ nämlich verlauten, daß die Initiative für mehr Arbeitsplätze auf Kontinuität angelegt sei und das Nichteinladen des Mannheimer OB keineswegs etwas mit „mangelnder Effizienz“ in der Mannheimer Stadtverwaltung zu tun hätte, sondern nur mit der Unklarheit, ob er ein weiteres Mal für eine Kandidatur zur Verfügung stehe.

Ins Leben gerufen wurde die Initiative am 8. Dezember 1998 von Hubertus Schmoldt, dem Vorsitzenden der IG BCE, Dr. Strube, dem Vorstandsvorsitzenden der BASF AG, und Reinhard Mohr, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung.

Geboren wurde die Idee bereits im Oktober in den IGBCE-Etagen, als es nach den Bundestagswahlen darum ging, ein

Bündnis für Arbeit auf die Beine zu stellen. Bekanntlich zeigten sich Teile des Unternehmerlagers zunächst nicht besonders begeistert von der Idee. Von Chemiegewerkschaftsseite her war man der Ansicht, sollte es gelingen, auf regionaler Ebene ein solches Bündnis zu zimmern, könnte dies Signalwirkung auf Bundesebene in das Arbeitgeberlager hinein haben.

Der BASF-Vorsitzende machte mit; schließlich hat er in den letzten Jahren Tausende von Arbeitsplätzen bei der BASF in Ludwigshafen beseitigt, da ist es durchaus imagefördernd, sich über ein solches Bündnis als ein tatkräftig arbeitsplatzschaffender Konzernmanager in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Für einige Arbeitnehmervertreter bei der BASF ist wiederum genau das der Grund, daß sie die regionale Bündnisidee nicht für sehr gelungen halten.

Für die BASF macht dieses Sache auch insofern einen Sinn, als sie bestrebt ist, immer mehr Dienstleistungs- und Handwerkertätigkeiten, die sie bisher von eigenem Stammpersonal durchführen ließ, nach außen zu vergeben; d.h. diese Arbeiten möglichst billig von Selbständigen, kleinen Handwerksbetrieben, Leasingfirmen u.ä. durchführen zu lassen. Diese Menschen und Betriebe sind dann auf Gedeih und Vertreib von der Auftragslage und den angebotenen Ein-Kaufspreisen des Chemieresen abhän-

gig. In der Standortvereinbarung 2000 der BASF ist u.a. geregelt, daß Beschäftigte gegen die Gewährung eines Existenzgründungsdarlehens ausscheiden können. Die Großbetriebe reduzieren ihr Stammpersonal und schaffen um sich einen Gürtel kleiner, kostengünstiger Arbeitsleistungszulieferer, deren Beschäftigungsverhältnisse sind dann oft von Unsicherheit und Rechtlosigkeit geprägt.

BASF tut was fürs eigene Image

Der bundesweite Initiativkreis besteht aus 15 „hochkarätigen“ Mitgliedern führender deutscher Großkonzerne (Daimler-Chrysler, BMW, VEBA, Hewlett-Packard, Hapag Lloyd, Robert Bosch GmbH etc.) plus dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, dem Regierungspräsidenten von Leipzig, dem IGB-CE-Vorsitzenden Schmoldt und dem Oberkreisdirektor des Landkreises Os nabrück.

Im Januar 1999 ludt Dr. Strube dann rund 40 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus dem Rhein-Neckar-Dreieck ein, die sechs Arbeitsgruppen bildeten mit dem Ziel, im „Rahmen konkreter Projekte“ Beschäftigungslösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Nach welchen Kriterien die Personen ausgewählt wurden, wird wohl immer im dunkeln bleiben.

Neben den bereits genannten OBs

Beschäftigte der Fa. IHS demonstrieren für höhere Löhne

Einem Demonstrationsaufruf der Gewerkschaft ÖTV Berlin folgten am 29. Januar ca. 100 Beschäftigte der Fa. Industrie- und Handelsschutz GmbH (IHS) . Sie versammelten sich vor der Firmenzentrale in Berlin-Mitte, um ihrer Forderung nach höheren Löhnen Nachdruck zu verleihen.

Die Fa. IHS bietet bundesweit Sicherheitsdienstleistungen an. In Berlin sind ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere den Fahrgästen der BVG bekannt. In deren Auftrag gewährleisten sie auf den U-Bahnhöfen die gewünschte Sicherheit. Für ihre strapaziöse Tätigkeit erhalten die Sicherheitsmitarbeiter (BVG) derzeitig Stundenlöhne zwischen DM 13,50 und DM 16,00 brutto. Der einfache Wachmann wird mit Stundenlöhnen zwischen DM 9,00 und DM 10,50 brutto abgespeist.

In den bisherigen Tarifrunden verstärkte sich der Eindruck, daß die Arbeitgeberseite durch ihre Hinhaltetaktik eine Nullrunde erreichen will. Mit der Aktion haben die Beschäftigten bei der Fa. IHS eindrucksvoll bekundet, daß ihre Geduld nicht unendlich ist. „Wenn die Fa. IHS in der folgenden Tarifrunde Anfang nächster Woche nicht ein seriöses Angebot vorlegt, sind Warnstreiks unvermeidbar“, sagte die ÖTV-Vorsitzende Susanne Stumpenhusen. (Presseerklärung der ÖTV Berlin v.29.1.99)

gehören u.a. zu den regionalen Mitgliedern: Aufsichtsrats-Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer folgender Unternehmen und Konzerne: BASF, AG, Springer Verlag Heidelberg, Landesbank Baden-Württemberg, SAP AG Walldorf, Heidelberger Druckmaschinen, Deutsche Bank AG Mannheim, Friatec AG Mannheim, Holiday Park GmbH Haßloch, Mannheimer AG Holding, Kehl GmbH Ludwigshafen, Roche Diagnostics GmbH, Südzucker Mannheim, LION bioscience AG Heidelberg, Engelhorn & Sturm, des Kuratoriums der Freudenbergs Stiftung darüber hinaus die Präsidenten bzw. Direktoren der IHK Pfalz aus Kaiserslautern, der Handwerkskammer Mannheim, des Arbeitsamts Ludwigshafen, der FHS für Wirtschaft Lu, Karl Feuerstein als offenbar einziges Betriebsratsmitglied, der Abt des Benediktinerklosters Neuburg, der Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Speyer, der Landesarbeitsminister von Rheinland-Pfalz sowie ein Staatssekretär aus dem baden-württembergischen Arbeitsministerium, ein Professor der Uni Mannheim, der Rektor der FHS Technik und Gestaltung Mannheim sowie IGB-CE-Landesbezirksleiter aus Mainz und der Bezirksleiter aus LU.

Diese „tatkräftigen“ Menschen, unter denen sich immerhin ganze zwei Frauen – neben Beate Weber (OB HD) auch Christine Lambrecht (MdB) aus Viernheim – befinden, wollen mit „neuen Ideen und einer Bündelung aller Kräfte“ Möglichkeiten suchen, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

„Angesichts von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland kann sich niemand mehr seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung entziehen. In unserer Zeit kann der Anstoß zum Fortschritt nicht mehr allein von der Politik oder der Spitze einer Großorganisation erwartet werden ... engagiertes und kreatives Handeln im eigenen Umfeld... die Arbeit in neu zu schaffenden regionalen Netzwerken verspricht ein geeigneter Weg zu sein, um... neue Lösungen für die Probleme am Arbeitsmarkt zu entwickeln“, erklärte Mohn das Engagement.

Nach einer Presseerklärung wurden bereits mehr als 50 erfolgversprechende Projekte im Deutschland „identifiziert“.

Inzwischen wurden sechs Arbeitgruppen gebildet: 1. Verbesserung der Perspektiven für Ausbildung und Berufseinsteig Jugendlicher, 2. Integration und Qualifikation benachteiligter Personen, 3. Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungsbereich, 4. Entwicklung neuer Kompetenzzentren in der Region (Vorbild BioRegio-Aktivitäten), 5. Suche nach neuen Arbeits(zeit)formen (Achtung: weitere Flexibilisierung!), 6. Förderung der Selbständigkeit und des Unternehmertums in der Region. Im Juni sollen die Arbeitsgruppen erste Ergebnisse vorlegen. Man darf gespannt und muß als Gewerkschafter wachsam sein.

Übertarifliche Zahlungen

Spaltung bis jetzt verhindert

TORNESCH. Das hatte sich die Geschäftsleitung für die Vordruckabteilung der Panther Wellpappe schlau gedacht. Nachdem im November letzten Jahres auf einer Betriebsversammlung heftige Kritik an der Anrechnung der tariflichen Lohnerhöhung von ca. 43 Pfennige von Seiten der Lohnabhängigen geübt wurde, sollte jetzt mit den Januargehältern eine Weitergabe erfolgen, aber verbunden mit einer kompletten Neuverteilung der freiwilligen Lohnzulage. Diese freiwillige Lohnzulage liegt bei allen Gewerblichen seit einer Betriebsvereinbarung von 1991 gleich und beträgt zur Zeit 1,56 DM. Nach Vorstellung der Geschäftsleitung sollten nun ein Drittel der „Mitarbeiter“ Kürzungen von 1 DM bis kompletter Streichung hinnehmen um dieses dann einem weiteren Drittel draufzusatteln, das letzte Drittel sollte durch Weitergabe der tariflichen Lohnerhöhung neutralisiert werden. Nachdem sich unter den Verlieren dieses miesen Spiels Unmut breitmachte, mußte auch der Betriebsrat, der anfänglich „nichts dagegen machen konnte“ (er sollte auch 2 DM mehr bekommen), einsehen, daß hier kreative Ge genwehr anstatt heftiger Streit unter den Kollegen angebracht ist. Ein Gespräch mit dem Gewerkschaftssekretär und ein nachträglicher Blick in die damalige Betriebsvereinbarung brachte die Gewißheit: Neue Verteilungsgrundlagen der freiwilligen Lohnzulagen nur unter Einhaltung des Mitbestimmungsrechtes. In zwei Versammlungen während der Arbeitszeit, an der weder Geschäftsführung noch Vorgesetzte, dafür aber sogar einmal der Gewerkschaftssekretär teilnahm, wurde von allen klar formuliert: „Keine Lohnerhöhung für einige auf Kosten anderer.“ Offensichtlich hat sich durch die jahrelange gleiche Bezahlung doch ein Wert eingeschliffen, der solche Art Spaltung, auch wenn es einigen im Schuh drückt, entgegensteht. Dieser Wert des solidarischen Handelns mußte sich in den Jahren immer wieder bewähren, und ist das einzige, was bei dieser schmutzigen, schweren Industriearbeit, die nichts mit Selbstverwirklichung aber viel mit Selbstbehauptung gegen Anordnung von Oben und durchgeplantem Tagesablauf zu tun hat, übrig bleibt. Ein erneuter Vorstoß der Geschäftsleitung, eine Bewertung, wie der einzelne seine Lohngruppe ausfülle vorzunehmen, wurde von den Kollegen nicht lange diskutiert, sondern gleich an den Absender zurückgeschickt. Damit ist klar: Die diesjährigen Lohntarifverhandlungen werden laut, bunt und lustig. Auf der letzten Versammlung wurde auch noch der letzte Kollege, der noch nicht gewerkschaftlich organisiert war, in den Kreis der Beitragss Zahler aufgenommen.

rua

Zur Konzeption der Politischen Berichte

Der nachfolgende Vortrag lag dem Arbeitsausschuß des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften am 6.2. zur Beratung vor. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Situationsbeschreibung viele Bezüge auf teils lang zurückreichende Debatten enthalte, die einem breiteren Publikum nicht zugänglich seien. Es müsse ein Weg gefunden werden, mit solchen Problem umzugehen. Wenn es zu einer Art Geschichtskonferenz der Westlinken käme, wie jüngst von Wolfgang Gehrcke angeregt, sei das vielleicht ein Weg.

Ferner war man sich einig, daß eine Politik, die versucht, Reforminteressen, die zunächst notwendig partikular bzw. schichtenspezifisch vorgebracht werden, allgemein, solidarisch und antiimperialistisch zu formulieren, eine Partei braucht, in der ein solcher Diskurs gepflegt wird. Der Ansatz steht und fällt damit, ob sich die PDS weiter in Richtung einer solchen Partei entwickelt. Einig war man sich darin, die *Politischen Berichte* als an die Aktualität gebundenes Organ weiterführen zu wollen und den Arbeitszusammenhang mit dem Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften zu verbessern sowie mit der PDS-Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung.

scc

Die *Politischen Berichte* werden von der „Arbeitsgemeinschaft Politische Berichte“ herausgegeben und von den Trägerorganisationen des „Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften“ gefördert. Bei der letzten Tagung des Forums wurde diskutiert, daß die weitere vierzehntägliche Herausgabe der Zeitschrift angestrebt wird und daß über die Konzeption, die inhaltliche Arbeit und die Finanzierung eine Diskussion zwischen allen Beteiligten geführt werden muß. Den angemessenen Rahmen bietet dafür die nächste Tagung des Forums im März, die mit der Tagung des Arbeitskreis politische Berichte verbunden werden kann.

„Frontbildung gegen die Reaktion“ und „authentischer, solidarischer, diskursiver Politikstil“

Die PB entstanden 1980 im Zerfallsprozeß der K-Gruppen als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK), der aus dem KBW hervorgegangen war. Die Zeitschrift stand und steht im Zusammenhang von Überlegungen zu „Parteibildung“ und „Parteiaufbau“, wobei unter Parteibildung der soziale und kulturelle Prozeß, unter Parteiaufbau die Schaffung einer Parteiorganisation verstanden wird. Die publizierte Meinung ist eine sehr wichtige Art der Vermittlung zwischen beiden Prozessen. Die strategische Konzeption der „Frontbildung gegen die Reaktion“ entstand 1980, als der politische Sieg des Konser-

vatismus abzusehen, wenn auch noch nicht vollzogen war und, jedenfalls im BWK, das Scheitern der demokratisch-zentralistischen Parteiaufbaukonzeption klar war. Frontbildung gegen die Reaktion geht davon aus, daß die Personen und Personengruppen, die von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind und sich zu Widerstand in irgendeiner Art genötigt fühlen, sich über ihre Lage und Ansichten diskursiv auseinandersetzen und verständigen müssen, also direkte, authentische Verständigung der sozialen Subjekte. Die übergreifenden Einsichten, die wissenschaftliches Arbeiten und parteimäßige Klärungsprozesse bieten, bilden dafür eine Hilfestellung; dem entgegengesetzt ist die Ansicht, daß die Partei die Inhalte der Verständigung ermittelt und Anhänger findet. Die Vorstellung der authentischen Verständigung hat weitreichende Folgen für die publizistische Konzeption. Die Redaktionskriterien „Parteilinie“, „Wissenschaftliche Wahrheit“ etc. verblassen, bedeutsam wird, ob die geäußerte Meinung authentisch ist und solidarisch ist. Authentisch meint Argumente, die die handelnden Subjekte zur Begründung ihres Handelns anführen. Solidarisch bedeutet, das Emanzipationsbedürfnis anderer mindestens nicht zu mißachten.

Aus derartigen Vorstellungen folgte ein Vielzahl von Bestrebungen, einen heterogenen Trägerkreis für Parteiarbeit und für die Publizistik zusammenzubringen. Es war und ist dies sehr schwierig.

Die Druckverhältnisse in der praktischen Politik erzeugen einen Bedarf an Sicherheit, der auf Geschlossenheit von Organisationen drängt und immer wieder Abschließungsprozesse auslöst.

Im Ergebnis: Vor dem Zerfall des realen Sozialismus gab es eine Reihe von Ansätzen zur praktischen Zusammenarbeit, vor allem in der örtlichen Politik, aber auch in den Gewerkschaften, die zwar nicht zu einer diskursiven Partei führten, aber doch zu einer Veränderung des Klimas zwischen den Organisationen und Richtungen, die – wie ich meine – gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die linke Bewegung im Westen befand sich zu Beginn der 90er nicht mehr im Zustand eifernder Sekten, sie erarbeitete sich praktische und theoretische Zusammenhänge.

Mit dem Zerfall des realen Sozialismus ging aus der SED die PDS hervor, deren Programm und Satzung Raum für die Entwicklung einer diskursiven Partei, die in sich offene Widersprüche aushält, zuläßt. Dagegen stand allerdings eine Praxis der Parteiarbeit, die in vielen Hinsichten traditionsgeprägt zentralistisch blieb.

Im publizistischen Bereich haben wir

feststellen müssen, daß das Interesse, einem Leserkreis das ganze Argumentationsfeld linker Politik vorzulegen, schwach ist. Die Zeitschriften, mit denen wir Zusammenarbeit suchten (und mit wem suchten wir sind nicht!) zogen und ziehen bei aller Sympathie für den diskursiven Gedanken vor, pointiert zu wirken, sie pflegen eine meist scharf konturierte Redaktionslinien, sehen den Diskurs zwischen den Organen, nur ausnahmsweise in ihnen.

Auch bei den örtlichen Publikationen, die in dem oben ausgeführten Konzeptionszusammenhang entstanden, ist diese Hürde nur tendenziell überwunden.

Der diskursive Ansatz, der sich aus den Erfahrungen des Scheiterns der linken Bewegung im Westen und des Scheiterns des Realsozialismus im Osten sehr gut begründen läßt, lebt zwar, aber eher gerade noch.

Redaktionelle Konzeption der Politischen Berichte

Die redaktionelle Konzeption der *Politischen Berichte* hat sich aus Überlegungen und dem Wirken von Tatsachen ergeben. Von den wirkenden Tatsachen war die wesentliche, daß bald nach 1980 die Mehrheit an die Konservativen und Neoliberalen fiel, so daß die im gesellschaftlichen Leben Herrschenden auch die Hebel der Gesetzgebung und der Exekutive in der Hand hatten.

Diese Grundkonstellation besteht seit der Ablösung der Regierung Kohl durch eine rot-grüne Mehrheit nicht mehr. Was ist Rot-Grün? Bestandteil der Front gegen die Reaktion? Einfallstor der Reaktion? Beide Meinungen und Zwischenmeinungen kommen vor. Sicher ist: Vor der Ablösung konnte sich „Frontbildung gegen die Reaktion“ auf eine reale Konstellation beziehen, bei der die Regierung und die wirtschaftlich Herrschenden auf der gleichen Seite standen. Damals traten in der oppositionellen Kritik von Rot/Grün gegenüber Schwarz/Gelb die Bezüge der SPD und der Grünen auf Arbeit und Umwelt hervor. Jetzt, im Vollzug der Regierungstätigkeit, werden die Bezüge jener Parteien auf soziale Privilegien, auf Wirtschaftsexpansion, Ordnungspolitik sichtbar. Eine Ähnlichkeit mit der Situation der siebziger Jahre der BRD scheint auf. Die damalige, vielgeschichtete Linke versuchte, das Phänomen als Differenz zwischen „Führung und Basis“ durch Mobilisierung der „Basis gegen die Führung“ zu handhaben, wer es miterlebt hat, wird das nicht wiederholen wollen. Es entstand ein Strudel unvorhergesehener Ereignisse, verbunden mit äußerster Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen den politischen Strö-

mungen, die sich auf die Emanzipation der Arbeit bezogen (Berufsverbote im öffentlichen Dienst, Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften, brutale Polizeieinsätze gegen Demonstrationen, auf die mit Anschlägen geantwortet wurde, denen eine scharfe staatliche Repression folgte, und vieles andere mehr).

Das Problem besteht darin, daß vorher die Repräsentanten der staatlichen Unterdrückung mit den Repräsentanten der wirtschaftlichen Ausbeutung argumentativ und weitgehend auch personell identisch waren, während diese Identität jetzt nicht mehr besteht. Damit haben sich die Tatsachen, die auf die authentische, diskursive, solidarische Konzeption der PB wirken, wesentlich geändert. Wir müssen den neuen Tatbeständen gerecht werden.

Dies geht nur, indem wir die funktionalen Unterschiede zwischen den Faktoren der Herrschaft wahrnehmen.

a) Im Wirkungsbereich des Geldes, verstanden als Recht von Privaten, mit Eigentum zu disponieren und in ihren Wirtschaftsunternehmen unwidersprechbare Anweisungen geben zu können, hat sich durch den Ausgang der Bundestagswahl nichts geändert. Die Verfassung der neuen europäischen Zentralbank unterstreicht die gefestigte Herrschaft des Privateigentums. Es ist von allergrößter ideologischer Bedeutung, daß der Euro einer politischen Union vorausgeht. Die Menschen in Europa werden – was immer sie tun, um sich demokratisch zu konfigurieren – immer noch ausbauen, was das Kapital schuf. Europa gründet sich auf eine Art Selbstverwaltung der Reichen, die darin nach dem Gewicht ihres Vermögens wiegen.

b) Im Wirkungsbereich der öffentlichen Meinung, in dem Argumente zählen und Mehrheiten sich bilden, hat die Kritik an den Privilegien des Eigentums das Übergewicht errungen. Arbeit und Umwelt zählen. Dem entspricht eine Mehrheit im Parlament, die Gesetze geben kann und die eine Regierung bilden kann. In der öffentlichen Meinung wird die gesetzgebende Funktion des Parlaments, die die eigentlich wichtige ist, wenig beachtet, es ist fast nur von der Regierungstätigkeit die Rede. Die gesetzgebende Mehrheit stößt in ihren Möglichkeiten auf viele Schranken, die eine ist, daß das Parlament in das Regierungshandeln nur selten unmittelbar eingreifen kann, die andere, daß Gesetze, die privilegierte Rechte verletzen, vor das Bundesverfassungsgericht geraten und – wie erinnerlich – ausgehebelt werden können. (Hier wäre das Institut des Volksentscheides



Jedem das Seine
Titelbild der Politischen Berichte Ende September 1982

von großer Wirkung.) Meistens wird die Funktion des Parlaments als gesetzgebende Kraft nicht wahrgenommen, jetzt z.B. erscheint in der Einbürgerungsfrage der Innenminister als entscheidender Faktor.

c) Im Wirkungsbereich des Regierens. Regieren bedeutet nicht Gesetze ausführen, sondern auf Grundlage von Gesetzen handeln. Im täglichen Regierungsgeschäft stoßen die Regierenden nicht auf die große Zahl der Wähler, wohl aber auf die Repräsentanten großer privater Interessen. Eine Regierung, die in Sachen Wirtschaftstätigkeit keine praktische Alternative weiß, ist gezwungen, ihr Handeln so auszurichten, daß die Wirtschaft der Privaten floriert. Denn daß die Wirtschaft funktionieren könne, wird ihr von der überwältigen Mehrheit als Aufgabe zugeschrieben. Die Regierung muß also nach einem Pfad suchen, auf dem das Kapital gedeihen kann. Das Kapital hat eine Vielzahl gesetzlicher Möglichkeiten, die Installation wirtschaftlicher Alternativen durch den Staat zu unterbinden.

Wo die Rechte des Eigentums konstant und fix sind, muß mit der Arbeitskraft und ihren Ansprüchen variabel verfahren werden. Eine Alternative zur Regression der sozialen Ansprüche und damit der Repression der sozialen und demo-

kratischen Bewegungen bietet eine Politik des Wachstums, der Konjunktur, der Wirtschaftsexpansion.

In dieser Situation ist zweierlei klar: Der wirtschaftlich herrschende Kapitalistenclub kann der Regierung Fakten vorsetzen, ist in seinen konkreten Interessen durch eine Vielzahl von Gesetzen geschützt und darüber hinaus in der glücklichen Lage, über Ausbau und Abbau der „Arbeitsplätze“ verfügen zu können, was der Prüfstein der Regierungspolitik in der öffentlichen Meinung ist. Das Heer der Menschen hingegen, die von der Lohnarbeit abhängen, muß unmittelbare gewerkschaftliche Aktionen gegen das Kapital an der Meßlatte „Arbeitsplätze“ legitimieren, was nicht einfach ist, ähnliches gilt für alle öffentlichkeitswirksamen Widerstandsaktionen.

Aus dem Gesagten läßt sich die Folgerung ziehen, daß der Konflikt, der zwischen den kritischen, emanzipativen Bewegungen und der Regierungsmehrheit programmiert ist, vor allem konstruktiv bearbeitet werden muß.

Das heißt, die Bewegungen werden ihre Ziele nur behaupten können, wenn sie diese als allgemeine Gesetze zu formulieren imstande sind. Dann können sie in der öffentlichen Meinung das Übergewicht gewinnen, und das ist ein mächtiger Hebel zur Einwirkung auf die Parteien und Parlamentarier der Linken.

Für die Konzeption der PB folgt daraus, daß von der analytischen Kritik des Handelns der Herrschenden übergegangen werden muß zur Propaganda von Maßnahmen, d.h. Gesetzen, die diese Kritik oder Teile dieser Kritik praktisch werden lassen.

Die Auseinandersetzung mit der Regierung und den Zwängen, in denen sie handelt, gewonne so sachlichen Charakter, sie würde dabei nicht stumpf, sondern schärfer, die Aufdeckung der wirkenden Zwänge, die Abfallprodukt solcher Politik ist, fällt als Kritik auf die ganze Ordnung.

Auseinandersetzung mit dem Imperialismus

Im gesellschaftlichen Raum, wie er sich zwischen den Lebensmittelpunkten „Arbeit“ und „Eigentum“ ausspannen läßt, stützt sich die Regierung auf Zustimmung aus dem Lager der „Arbeit“, aber auf die Arbeit, wie sie durch die moderne Wirtschaft strukturiert ist.

Die SPD bezieht sich auf Arbeit, wie sie durch das Konzernwesen und die Großverwaltungen strukturiert wird, d.h. auf Arbeit als hierarchisch gegliederten und autoritär bestimmten Prozeß.

Die Grünen beziehen sich auf Arbeit nach dem Vorbild der freien Berufe, die ihre Ansprüche durch Verweis auf das bei ihnen aufgehäufte Wissen legitimieren.

Beide Orientierungspunkte überschneiden sich im Berufs- und Lebensbild des modernen Dienstleisters, der teils wie Freiberufler alter Prägung, teils aber mit klarer Anlehnung an eine gesellschaftliche Großorganisation wirkt, dessen Entlohnung über das Reproduktionsbedürfnis hinausgeht und der im Arbeitsprozeß als Vorgesetzter steht. So ist ein einheitliches theoretisch-ideologisches wie auch politisch-praktisches Bezugssystem entstanden, das Rot-Grüne dazu befähigt, ihre Interessen im begrenzten Konflikt mit den Systemvor-assetzungen zu verfolgen.

Das Staatswesen der BRD stellt sich in diesem Bezugssystem als eine gegliederte Zusammenhang dar, auf den verschiedene gesellschaftliche Kräfte von innen und auch von außen einwirken. Von innen wirken die Kräfte des Eigentums, denen der politische Wille der Mehrheit mit seinen sozialen und ökologischen Grundwerten entgegensteht. Die soziale

Orientierung des Reformismus ermöglicht eine Kritik der Arbeitsorganisation und des Lebensstandards, die ökologische Orientierung ermöglicht eine Kritik der Investitionstätigkeit und der Lebensqualität. Aber: Beide Orientierungen belassen die Aufgabe der Arbeitsorganisation und der Festlegung der Produktionsrichtung bei Eigentümern und Markt, die sie nur punktuell angehen.

Eine Alternative zur Formulierung gesellschaftlicher Bedürfnisse haben sie nicht hervorgebracht, SPD und Grüne haben vielmehr sogar die Suche danach eingestellt. Die Lösung des traditionellen Sozialismus – Staatsplan – ist durch die vorgefallenen Versuche diskreditiert.

In dem von der Kritik freigelassenen Raum setzten die Fakten Normen. Fakt ist die begünstigte Stellung der BRD-Wirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung. Die BRD-Gesellschaft hat sich einen Anteil der Produktionsmittel der Weltgesellschaft angeeignet, der viel abwirft. (Augenscheinlich wird das an der Tatsache, daß die Lebensweise, die sich in der BRD herausgebildet hat, nicht verallgemeinerbar ist, sondern den Ausschluß großer Teile der Menschheit zur Voraussetzung hat.) Zu fragen bleibt, was bedeutet heute schon noch angesichts EU, Nato, Weltmarkt die „BRD-Gesellschaft“. Wie kann sie angesichts der ni-

vellierenden Wirkungen des Marktes eine Sonderstellung behaupten?

Die BRD-Gesellschaft ist ein Kulturszusammenhang, d.h. ein sozialer Organismus, in dem durch dauernden Gebrauch verfestigte Sitten und Normen bestehen, die das hoch vergesellschaftete Handeln prägen. Die große Bedeutung dieser kulturellen Vorprägung scheint sich gerade in den international auftretenden Unternehmungen herauszustellen. Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit verschoben sich die Begriffe vom „Multinationalen Konzern“, der seinen nationale Herkunft transzendiert, zum „Global Player“, der fest in seiner Herkunft verwurzelt bleibt. Die Konzerne, so scheint es aus der Praxis, werden nicht „multinational“, sie entwickeln vielmehr eine „Unternehmenskultur“, die sich aus einer konkreten Nationalkultur herausentwickelt und in ihr wurzeln bleibt. Mit Spannung wird daher die Entwicklung des „Daimler-Chrysler“ Projektes beobachtet. Wird das ein „amerikanischer“ oder ein „deutscher“ Konzern? Hält das, oder fliegt das auseinander? Wird es ein einheitliches Unternehmen, oder gibt es eine Allianz.

Gegenwärtig kann man die BRD-Gesellschaft sehen als kulturelle, politische und wirtschaftliche Ausgangsbasis weltweit operierender Konzerne, denen sie rechtlichen, politischen und militärischen Rückhalt bietet.

Expansion des in diesem Sinne nationalen Kapitals bedeutet eine Aufwertung des „kulturellen Kapitals“ deutschen Stils, des altbekannten deutschen Wesens. Die Aufwertung ist doppelt: indem ein beträchtlich übergroßer Teil der Weltprodukte zum Verbrauch als Konsummittel oder Investitionsmittel in der BRD landet und die höheren Hierarchieebenen des weltweit vergesellschafteten Produktionsprozeß überproportional von „Deutschen“ besetzt werden.

Auf dieser Basis entsteht eine Verbindung von rot-grünen Bestrebungen und Kapitalinteressen, die durch die Möglichkeit, auf Basis von Arbeit Kapital zu akkumulieren, noch zusätzlich geklammert wird.

So wird in außenpolitischen Belangen eine Interessenidentität von Rot-Grün bis Schwarz-Braun denkbar und auch gedacht.

Die Frontstellung von Rot-Grün gegen Schwarz-Braun ist in wichtigen Fragen nicht trennscharf. Darauf deutet die außenpolitische Kontinuität hin, die die neue Regierung mühevlos praktiziert, darauf deutet auch die undeutliche Bürgerrechtspolitik hin, die das Paradigma der Eindeutschung nicht aufgibt.

Die Expansion des Kapitals ist unfriedlich. Dies gilt schon für die „unfriedlichen Übernahmen“, mehr noch für den Ausschluß von Menschen aus der Wirtschaftsverwaltung wegen kultureller Herkunft. Die Investitionsbewegungen des modernen Kapitals stellen sich als Kolonisationsbewegungen dar. Im

Parlamentarische Initiativen der PDS 1999/2000

Beschluß der Fraktionsklausur vom 24./25. Januar 1999

Die Fraktion wird folgende größere parlamentarische Initiativen erarbeiten und in den Bundestag einbringen:

Bis zur Sommerpause:

1. Entschließungsantrag zur Ökosteuer
2. Entschließungsantrag zum Haushalt 1999
3. Antrag Europäische Beschäftigungs- und Sozialunion/EU-Gipfel
4. Antrag „Bilanz Bundesverkehrswegeplan und Grundlinien für einen alternativen Bundesverkehrsplan (AVP)“
5. Antrag Wertschöpfungsabgabe
6. Antrag Gleichstellungs- und Nachteilsausgleichsgesetz
7. Antrag Reform des Wohngesetzbuches und des Wohngeldes
8. Große Anfrage zu Ostdeutschland im Jahre Zehn des Mauerfalls
9. parlamentarische Forderung zur Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands
10. Anträge Schließung der Lücken in der Rentenüberleitung/Beseitigung des Versorgungsrechts
11. Antrag Reform der Kommunalfinananzierung
12. Antrag zur NATO-Strategie, nicht-militärische Konfliktbewältigung
13. Antrag Einführung einer dreistufigen Volksgesetzgebung/ Schaffung des Amtes eines Bürgerbeauftragten
14. Antrag „Gleichstellung aller Lebensweisen“

15. Antrag „Übergang zur Individualbesteuerung“ (Konsequenzen aus BVerfG-Urteil)

In der 2. Jahreshälfte 1999:

1. Antrag bzw. Gesetzentwurf zur Novellierung des Arbeitszeitgesetzes: Arbeitszeitverkürzung
2. Antrag Rahmengesetz zur Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten, Schaffung von Modellregionen
3. Antrag: Rahmengesetz zur Förderung von Existenzgründungen
4. Antrag Strukturreform Gesundheitswesen/Krankenversicherung
5. Antrag Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes
6. Antrag Sozial- und umweltfreundliche Kommunalabgaben
7. Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes (Mitbestimmungsrechte, Betriebsrats- Wahlen)

Zu Beginn des Jahres 2000:

1. Antrag: Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (in Auswertung erster praktischer Erfahrungen)
2. Konzept zur Rentenreform/eigenständige Alterssicherung von Frauen
3. Erhebung einer Einmalabgabe auf große Vermögen
4. Antrag bedarfsoorientierte soziale Grundsicherung
5. Antrag zur Reform des Länderfinanzausgleichs

Quelle www.pds-online.de

Neben- und Miteinander der Völker wird eine Tendenz spürbar, Unterordnung aus kultureller Unterlegenheit zu legitimieren.

Fazit: Es ist zu befürchten, daß die politischen Parteien, die sich auf die Lohnarbeit beziehen, in der praktischen Politik versuchen werden, soziale Probleme der BRD-Gesellschaft durch imperialistische Expansion verbunden mit kultureller Abschottung zu regieren. Ein Alarmzeichen dafür war der jüngste Konflikt im Bundesvorstand der PDS, in dem die Zustimmung der Partei zur Beteiligung der BRD an Militäreinsätzen als „ultima ratio“ zur Sprache gebracht wurde.

So bedeutsam es ist, an dieser Politik Kritik zu üben, ihre Untauglichkeit aufzuzeigen, so klar ist auch, daß ohne Alternativen die Verfestigung der BRD-Gesellschaft zu einer expansionistischen Kraft in Europa nicht aufzuhalten ist.

Eine emanzipatorische Lösung

Soweit die öffentliche Meinung, die sich auf emanzipatorische Ziele bezieht, sich nicht direkt auf dem Wege der Gesetzgebung ins Geschäft der Regierung mengt, bleibt sie den Erwartungen, die sie an die Regierung richtet, ausgeliefert. Sie muß dann nämlich der Regierung überlassen, wie diese jene Erwartungen erfüllt.

Die wirtschaftlichen und politischen Widerstandsbewegungen können in dieser Situation nur wirken, so weit sie sich in die Lage versetzen, ihre Ziele als allgemeine Ziele der Regierung, d.h. als Gesetz zu formulieren. Das ist ein großer Schritt von der Haltung, Bedürfnisse einzuklagen und die politische Verwirklichung den Herrschenden zu überlassen.

Welche Gesetze sind das?

Qualitativ sind das jene Gesetze, die das internationale Zusammenleben solidarisch strukturieren,

d.h. international formulierte, im jeweiligen Land verwirklichte Gesetze zum Schutz von Arbeit und Umwelt (in der wirren Vielfalt der Arbeits- und Lebensbedingungen bietet sich hier vor allem die Arbeitszeitgesetzgebung an. Hier besteht auch die Möglichkeit, in die sog. Unternehmenskultur einzutreten, die besonders Leute auf etwas höheren Hierarchieebenen vollständig, mit all ihren Lebensäußerungen in die Firmenwelt einbinden will);

d.h. Gesetze, die den Kommunen, Regionen und Staaten gegenüber den Konzernen Einspruchsrechte einräumen, d.h. Wendung der Kritik am M.A.I. ins Positive;

d.h. Gesetze, die Menschen, die in besonders übeln Segmenten des Weltmarktes ausgebeutet werden, das Recht zubilligt, das Weite zu suchen, damit solche Verhältnisse auch auf diesem Wege ausgehölt werden;

d.h. Gesetze, die ein Recht auf Flucht besiegeln und auf diese Weise dem Konzept der Aufrechterhaltung einer privilegierten Situation durch Interventions-

kriege entgegenwirken.

In der Innenpolitik wären vor allem Ansätze aus der Kommunal- und Genossenschaftswirtschaft herauszustreichen sowie im Bereich der Privatwirtschaft die Neuverteilung der Arbeitszeit und die soziale Grundsicherung.

Für die PB würde es also bedeuten, daß sie neben der Kritik des Handelns der Herrschenden, bei der es darauf ankommt, die unerfreulichen Folgen zu zeigen, die Ansätze des Neuen in der Gesellschaft herausstreichen und die normativen Inhalte, die in diesem Neuen stecken, darlegen müßte.

Der Parteibildungsprozeß, in dem die PDS eine tragende Rolle spielen wird, wird durch antiimperialistische Kritik/solidarische Reformpolitik zusammengehalten.

Folgerungen aus dem Ganzen für die PB

1. Wir müssen uns darauf einstellen, daß das Interesse an der Entwicklung diskursiver Politik nicht sprunghaft zunimmt. Wir müssen das Konzept im Bereich einer niedrigen Auflage entwickeln. Die Politischen Berichte organisieren einen Diskurs von Leuten, die in der politischen Praxis stehen und in deren Praxis die Diskussionsergebnisse wirksam werden. Die Machart der PB erlaubt es den Beteiligten, ihre Meinung bereits in einem frühen Stadium der Überlegung öffentlich zu machen. Diese Offenheit für den Kreis der Beteiligten führt aber auch zu einer Abschließung gegenüber Leserinnen und Lesern, soweit sie nämlich in den jeweils angesprochenen Praxiszusammenhängen nicht stehen. Diese Tendenz zur Abkapselung läßt sich nur durchbrechen, soweit gezielt Beiträge erarbeitet werden, die einen Gegenstand für die breitere Öffentlichkeit erschließen wollen.

Trotz der niedrigen Auflage können wir in den PB eine beachtliche Bandbreite von Beiträgen vorstellen. Daran müssen wir weiterarbeiten.

2. Ebenso müssen wir uns bemühen, die Bindung der PB an die Aktualität zu erhalten, die, wenn man sich umschaut, abreißt, wenn man langsamer als vierzehntäglich wird.

3. Ferner müssen wir den Finanzierungsproblemen Rechnung tragen dadurch, daß wird die ehrenamtliche Arbeit an den PB erleichtern und die redaktionelle Arbeit effektiver gestalten.

Redaktionsarbeit effektivieren

1. Es sollen diskussionsfähige Redaktionsgruppen gebildet werden, die aus den im Impressum genannten Redaktionsmitgliedern und weiteren Interessierten bestehen und einmal im Jahr zusammen treten. Das jetzige Verfahren mit seinen „Einzelredakteuren“ entstand, als die Redaktion noch räumlich nebeneinander stand und an Diskussionsmöglichkeiten kein Mangel war. Bei der jetzigen räumlichen Trennung müssen Zusammenhänge gesetzt werden, Zweiergruppen sind

richtig, weil das Telefon wichtiges Mittel für den Meinungsaustausch ist. Zweiergruppen sind auch inhaltlich möglich. (An der Betreuung des Redaktionsabschnittes, wie sie im Impressum steht und letztlich verantwortet wird, soll sich nichts ändern, es geht um Verfestigung von Diskussions- und Arbeitszusammenhängen.)

Solche Gruppen wären:

- a) Aktuelles / Internationales
- b) Kommunales / Genossenschaftliches / Gewerkschaftliches
- c) Diskussion / Dokumentation / Parteien / Termine

2. Projektierung.

Es wird (umschichtig) eine Produktionsleitung ausgeübt, die die Redaktionsmitglieder zur Ausprojektierung ermuntert und für notwendige Abstimmung sorgt.

3. Für die Redaktion und die Autorinnen und Autoren wird ein Computernetzwerk eingerichtet, das die Projektierung erleichtert.

4. Der Gesamtumfang der PB wird auf 24 Seiten reduziert.

5. In den einzelnen Bereichen soll ein Schema eingehalten werden, das unterscheidet zwischen

- a) regelmäßige Meldungsübersichten,
- b) Schwerpunktthema,
- c) weiteren Berichte.

6. Die Untersuchungen zur Nutzbarmachung des Internets haben folgenden Zwischenstand ergeben:

a) Unser Leserkreis liest nicht am Bildschirm.

b) Das Angebot hat v.a. dann einen Sinn, wenn es die von uns bearbeiteten Gegenstände für die breitere Netzgemeinde auffindbar macht.

Die Darbietung muß deswegen darauf abgestellt werden, die Seiten durch Suchbegriffe auffindbar zu machen. Erste Versuche in dieser Hinsicht sind erfolgreich verlaufen.

7. Ausbildungsmaßnahmen

Hier soll nicht von der wissenschaftlichen und Bildungsarbeit geredet werden, die durch die Redaktion vielleicht durch verbesserte Bearbeitung Termine/ Ankündigungen/Rezensionen erschlossen werden kann, sondern von der technischen Ausbildung, bei der ein Zuviel und ein Zuwenig möglich ist. Vorweg: Die Redaktion muß in der Lage bleiben, Manuskripte angemessenen Inhalts in jeder Form weiterverarbeiten zu können. Nichts Inhaltliches darf aus technischen Gründen wegfallen. Aber die Redaktion muß auch Ausbildungsangebote machen. Solche sind:

a) Internet. Quellensuche und arbeitszeitige Auswertung.

b) DFÜ-Netzwerk: Arbeitsteilige Projektierung und Kooperation bei räumlicher Entfernung.

c) Konzeptionserarbeitung, d.h. Sichtung von Themenfeldern, vorbereitete Berichte für Konferenzen etc.

Martin Fochler

Rainer Roth hat ein Buch veröffentlicht, über das sich zu streiten lohnt

Die Linke und die Staatsschuld

Der Frankfurter Verein „Klartext e.V.“ hat ein verdienstvolles Anliegen. Er tritt dafür ein, die Staatsfinanzen nicht zu Lasten der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen und Armen zu sanieren, sondern zu Lasten der Banken, Konzerne und der Reichen in diesem Lande. Sein Vorsitzender, Rainer Roth, Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Frankfurt, arbeitet zudem in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen mit und hat zahlreiche Leitfäden der Sozialhilfe herausgegeben. Im Oktober letzten Jahres hat Rainer Roth nun ein Buch herausgegeben: „Das Kartenhaus. Staatsverschuldung in Deutschland“.

Auf über 400 Seiten hat der Autor darin viele Zahlen und Fakten zum Thema Staatsverschuldung, Steuereinnahmen, Besteuerung von Lohn und Kapital, Subventionen, staatliche Sozialleistungen, Schuldendienst, Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte, internationale Kapitalanlagen und -Spekulationen zusammengetragen. So beschreibt und dokumentiert Rainer Roth z.B., wie die effektive Besteuerung der Unternehmen seit Jahren sinkt und seit 1991 von den staatlichen Subventionen an Unternehmen sogar übertroffen wird.

Am Ende findet sich eine kurze Beschreibung der keynesianischen und der neoliberalen Wirtschaftslehren und ein Ausblick. In diesem Ausblick gibt der Autor deutlich zu erkennen, daß er kein Freund der Staatsverschuldung ist, sondern für deren Abbau eintritt. Gegenüber den bei Grünen und SPD weiter gepflegten staatsinterventionistischen Positionen in der Wirtschaftspolitik und der damit verbundenen Theorie, Schuldenaufnahme z.B. aus konjunkturellen Gründen sei schon in Ordnung, ist das eine erfreulich staatskritische Position.

Die vielen Zahlenreihen und statistischen Auswertungen und die Thesen, die der Autor darauf gestützt zu den Gründen, Hintergründen und Folgen der Staatsschulden entwickelt, weisen aber auch zahlreiche Mängel auf – Mängel, die auf der marxistischen Linken verbreitet sind. Das Buch ist deshalb vor allem eine Anregung zur Diskussion des schwierigen Themas „Die Linke und der Staat“ bzw. „Linke und Staatsschuld“. Zu dieser Diskussion im folgenden ein paar Anmerkungen.

Wer macht wie welches Geschäft mit der Staatsschuld?

Der Autor untermauert seine Ablehnung staatlicher Schuldenmacherei unter anderem damit, daß er auf das „Riesengeschäft“ hinweist, das z.B. die Banken in diesem Land mit der Staatsschuld machen (S. 184). Leider beginnen da aber auch die Probleme. Denn wie die Banken und andere ihre Geschäfte mit der Staatsschuld machen, wird nicht geschildert, dokumentiert. Welche Banken machen nach welchen Gesetzen oder Regeln welche Geschäfte mit welchen Staatsschulden? Wie hoch sind die Provisions-einnahmen, Gebühreneinnahmen usw. aus dem Handel mit Staatsschuld-papieren? Wieviel Papiere werden Jahr für Jahr gekauft, verkauft etc.? Was treibt eigentlich die Bundesschuldenverwaltung? Wie heißt der Bankenausschuß, wie die Banken, die Waigels bzw. Lafontaines Staatsschuld-papiere unter die Leute bringen, was verdienen sie daran?

Das konkrete Geschäft mit der Staatsschuld, die Wechselreiterer, die Erpressungen, die Finten und Gemeinheiten dieses Gewerbes, Finanzschwindel, Hochstapelei und ähnliches, Dinge also, denen Marx schon vor über 120 Jahren z.B. im Zusammenhang mit der französischen Republik Napoleons II. so manche bissige Polemik gewidmet hatte, das findet keine Beachtung. Damit bleibt viel kritischer Stoff unbeachtet. Selbst auf bürgerlicher Seite gibt es eine Diskussion, warum eigentlich der Bund seine Schuld-papiere über Banken emittiert. Warum verkauft er sie nicht direkt? Wie so müssen die großen Banken allein am Kauf und Verkauf dieser Papiere fette Gewinne einstreichen?

Wer kassiert die Zinseinkünfte aus Staatsschuld?

Zweitens: wer besitzt die Staatsschuld-papiere wirklich? Wer kassiert am Ende wirklich den Zins? Für Rainer Roth kassieren „die Banken“. Und gemeinsam mit ihnen andere Kapitalisten, Konzerne, Firmen.

Wobei – das nur nebenbei – diese Kritik Kapitalisten und Banken vermutlich gar nicht irritieren würde. Für sie sind die Staatsschulden ein reelles Geschäft wie jedes andere auch, einfach eine Dispositionentscheidung über ihr eigenes Kapital. Sie leihen dem Staat Geld, stellen ihm also Teile ihres liquiden Kapitals leihweise zur Verfügung und kassieren darauf den vereinbarten Zins. Was soll daran schlecht sein? Was regt sich wer darüber auf? Schließlich leihen andere Leute – ihre eigenen Beschäftigten zum Beispiel – auch wem Geld (zum Beispiel der Sparkasse xyz) und kassieren dafür Zins. So what?

Ökonomisch interessant wird die Sache aber da, und so wird sie auch auf der bürgerlichen Seite diskutiert und sollte auch von Marxisten diskutiert werden, wo sie die Verteilung der Revenuequellen der Gesellschaft tangiert. Bekanntlich

speist sich die Revenue der bürgerlichen Gesellschaft – also die Einkünfte der verschiedenen Klassen – aus drei Quellen: Lohn, Profit und Grundrente. Der Profit wiederum teilt sich in industriellen Profit und Zins.

Mindert nun ein steigender Zins – z.B. wegen exzessiver Staatsschulden – den industriellen Profit? Die Kapitalisten schreien: „Ja!“ und verlangen immer heftiger eine Rückführung der Staatsschuld. Rainer Roth vertritt – etwas vergröbert gesagt – die Meinung: Nein! Denn auch die Zinsen fließen an die Kapitalisten.

Das stimmt aber nicht ganz.

Denn vor allem die deutsche Mittelklasse verdient an der Staatsschuld kräftig mit.

Diese Klasse hat sich seit dem verlorenen Zweiten Weltkrieg dick und fett – auch sozial, mit ihren Vermögen – reorganisiert. Die Mittelklasse hat traditionell eine gemischte Revenue: Einkommen aus Grundrente (Eigenheim, Vermietung, Verpachtung), Einkommen aus Profit (Aktien u.a.) und Einkommen aus Lohn. Wäre es möglich, die Geheimnisse z.B. der Steuerstatistik zu lüften, würde sich herausstellen, daß die deutsche Mittelklasse spätestens seit der sog. „Bildungsreform“ und der damit verbundenen drastischen Ausweitung der auf Hochschulabschluß beruhenden Beschäftigungen in der Gesellschaft jahrzehntelang erheblich mehr Lohn kassierte, als ihrer Arbeitsleistung entsprach. Damit wurden enorme gesellschaftliche Vermögen aufgehäuft – Vermögen, die zum Teil direkt in Grundrente abwerfenden Objekten (Eigenheim usw.) angelegt wurden, zum Teil indirekt (z.B. über Lebensversicherungen, die dann in Immobilien investierten), zum Teil in Aktien, Unternehmensbesitz, und zum Teil eben in Staatsschuld.

Diese Vermögensbildung aber hat gravierende Folgen.

Wer sein Geld in Aktien anlegt, den zieht's auch ideologisch näher heran an die Firma. Aktien, Dividende, Zukunftsaussichten der Firma werden auf einmal auch unter ganz anderen Gesichtspunkten als denen des persönlichen Arbeitsplatzes interessant, Streiken für mehr Lohn eine Angelegenheit, die auch unter solchen Gesichtspunkten überlegt sein will. Das wissen die Kapitalisten genau und geben z.B. gern verbilligte Belegschaftsaktien.

Nichts anderes geschieht, wenn wer sein Geld in Staatsschuld anlegt. Den zieht's dann näher heran an den deutschen Staat.

Ein Großteil dessen, was so in der Öffentlichkeit unter „Rechtsentwicklung“ z.B. der Partei der Grünen gehandelt wird, dürfte in solchen sozialen Prozessen seine Begründung haben. Zumal, wenn dies Vermögen der Mittelklasse wegen des Abbaus öffentlicher Versicherungen zunehmend größere Bedeutung bekommt dafür, wie es im Alter aussehen mag und welche Zukunftsaussichten die eigenen Kinder haben werden.

Ein Großteil der bürgerlichen Polemik gegen die Staatsschuld dürfte deshalb zum reellen Kern haben, daß die bürgerliche Rechte diese Bindung der Mittelklasse an den deutschen Staat zumindest teilweise ersetzen will durch eine Bindung an die Firmen. Zumal mittels staatlicher Apparate auch Herrschaftsabsichten verfolgt werden können, während bei der Bindung an die Firma über die Aktie eindeutig klar ist, wer hier Chef ist und wer weisungsgebunden.

Nicht so viel in Staatsschulden, mehr in Aktien soll die Mittelklasse investieren. So wie in Amerika. Die bürgerliche Rechte will die Vermögen, die die Mittelklasse in Staatsschuldpapieren angelegt hat, in die Kassen der Konzerne umlenken. Sie will über diese Vermögen im Rahmen ihrer industriellen Dispositionen verfügen können, sie auf dem Weltmarkt direkt einsetzen und eventuell auch verpulvern können. Und so auch die Bindung der Mittelklasse an die Konzerne enger gestalten.

Diesen wichtigen Gesichtspunkt beachtet Rainer Roth leider nicht. Wie er auch der Frage, wer wirklich die Staatspapiere besitzt, nicht nachgeht, sich mit der vordergründigen Auskunft „die Banken“ begnügt. Ein analytischer Fehler, der politische Fehler nach sich zieht.

Alles nur „Fall der Profitrate“?

Für Rainer Roth ist der Anstieg der Staatsschulden im wesentlichen ökonomischer Reflex auf eine zunehmende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft zur Stagnation und den „tendenziellen Fall der Profitrate“. Nun ist dieses von Marx erkannte Gesetz sicher eine wichtige Entdeckung. Aber erstens ist hier die Rede von einer „Tendenz“, und zweitens gilt auch für dieses Gesetz der von vielen anderen wirtschaftlichen Gesetzen bekannte „ceteris paribus“-Vorbehalt, auf deutsch: „alle anderen Umstände als gleichbleibend vorausgesetzt“. Alle Umstände aber bleiben in imperialistischen Gesellschaften bekanntlich selten gleich.

Zudem: Wer von Staatsschulden redet, sollte auch von ihrer materiellen Deckung sprechen. Genau dies hatte auch die große Koalition Ende der 60er Jahre getan, als CSU, CDU und SPD den Grundgesetz-Artikel zur Staatsschuld änderten, um den geplanten steilen Anstieg der Staatsschuld rechtlich möglich zu machen, und dafür festlegten, neue Schulden dürfen die staatliche Investitionssumme nicht überschreiten. Damit war aus ihrer Sicht für eine materielle Deckung der Staatsschuld gesorgt. Steigenden Schulden stand ein steigendes staatliches Vermögen – an Gebäuden, Autobahnen, Bergwerken, Fernmeldenetzen usw. – gegenüber. Dem tendenziellen Fall der Profitrate und Tendenzen der Stagnation, wie sie etwa in der zweiten Hälfte der 60er und in den 70er Jahren tatsächlich zu beobachten waren, konnte so begegnet werden, indem ein beträchtlicher Teil der für große industriel-

le Produktionen erforderlichen Infrastruktur staatlich finanziert wurde.

Leider bleibt dies bei Rainer Roth außen vor. Welche Sachen der Staat bezahlt mit den Schulden, die er macht, scheint ihn nicht zu interessieren. Das ist falsch und leitet in einen weiteren Fehler über. Die Produktivkraft-Revolutionen etwa rund um die Computerisierung, die Verbilligung von beträchtlichen Teilen des konstanten Kapitals, die technologischen Umwälzungen im Datenaustausch, Rechnungswesen, Informationssektor, beim Transport und Verkauf der Waren, schließlich die kolossale räumliche und personelle Ausdehnung des imperialistischen Weltmarkts durch die Zerschlagung des RGW und die Einbeziehung Chinas in

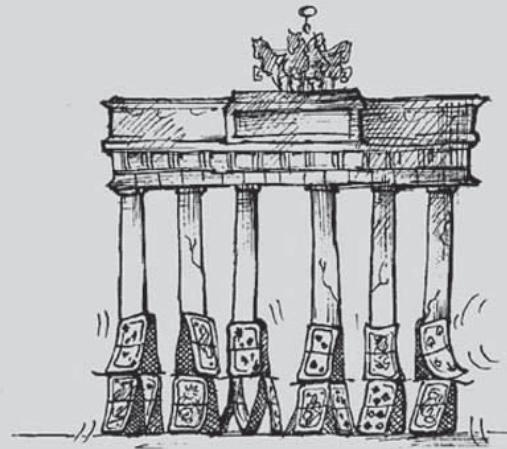
den imperialistischen Weltmarkt werden von ihm nicht beachtet.

Für ihn kämpft die imperialistische Wirtschaft seit dem Ölpreisschock von 1974/75 gegen eine anhaltende Stagnation: „Alle verfügbaren Angaben zeigen, daß die Profitraten sich bis heute nicht von dem Schock erholt haben, den sie in der ersten großen Krise der Nachkriegszeit, der Krise 1974–75, erlitten haben.“ (S. 45) Seitdem häuft sich ein immer größerer Kapitalüberschuß an, der angeblich zwangsläufig in Staatsschuld angelegt werden muß. Von „Vergreisung“ und „Rentnerkapitalismus“, gar von „Massenarbeitslosigkeit des Kapitals“ (S. 60) ist die Rede. Da stört auch nicht, wenn gleich auf der nächsten Seite eine Verdreifachung der aus Unternehmen entnommenen Gewinne in der ersten Hälfte der 90er Jahre gegenüber den 70er Jahren dokumentiert wird. Egal: „Die Staatsverschuldung ist Folge des hilflosen Versuchs, mit verschiedenen Methoden die Wirtschaft wieder anzukurbeln.“ (S. 79) Auch „weltweit wird die Ökonomie von Finanzanlagen dominiert und angetrieben“ (S. 296). Arbeit als Quelle des Reichtums kommt kaum noch vor in seinem „globalen Rentnerkapitalismus.“

Überall dominiert der Fall der Profitrate. Selbst in der Computerindustrie, wo ja auch wirklich neuerdings Preise und Gewinnmargen wieder sinken. Aber

Rainer Roth

DAS KARTENHAUS



Staatsverschuldung in Deutschland

Rainer Roth, Das Kartenhaus. Staatsverschuldung in Deutschland. DVS, Frankfurt, Oktober 1998. ISBN 3-932246-13-6, 430 Seiten, Paperback, 25 DM.

aus welcher Höhe? Und nach welchem jahrelangen Anstieg? Wieso werden Firmen wie Microsoft, Sun, SAP u.a. heute an den Börsen höher bewertet als z.B. Krupp oder Thyssen? Doch wohl nicht aus Versehen?

So ist es auch kein Wunder, daß der Autor den Anstieg der Aktienkurse seit 1980 zwar konstatiert (S. 201), aber nicht wirklich erklären kann: „Die Ursachen für die Explosion der Aktienkurse liegen im wesentlichen im Wechselverhältnis zwischen Zins und Aktienkurs“, schreibt er. Das erklärt aber keine Verzehnfachung der Kurse. Diese hat vielmehr ihre Ursache in dem enormen Zugewinn an ausbeutbarem Land und Leuten, den die imperialistische Wirtschaft mit der Zerstörung des RGW und der fast zeitgleichen Öffnung Chinas für imperialistisches Kapital erreichen konnten.

Noch einmal: Wer von Staatsschulden spricht, muß auch über ihre materielle Deckung sprechen. Hier bestand seit den späten 60er Jahren ein Verfassungskonsens von SPD, FDP, CSU und CDU, der da lautete: steigende Staatsschulden ja, aber Deckung durch öffentliche Investitionen, also steigenden öffentlichen Reichtum. Und hier hat sich in den letzten Jahren Wichtiges geändert. Der rabierte Privatisierungskurs, wie er seit der Regierung Kohl dominiert und auch von der jetzigen Regierung fortgesetzt wird,

untergräbt diesen Verfassungskonsens. Wenn staatliches Eigentum verkauft wird, Post, Lufthansa, Energienetze usw. – dann fällt die materielle Deckung der Staatsschulden weg. Dann wird das ganze auch unter bürgerlichen Gesichtspunkten ein „unsolides Geschäft“. Dann wird die steigende Staatsschuld irgendwann nur noch finanziert durch Tribute, Steuern eben. Und wo ist da die Grenze? Zumal, wenn es z.B. wieder zu einem Krieg kommt?

Deshalb ändert sich seit einiger Zeit die öffentliche Meinung zur Staatsschuld. „Schlanker Staat“ ist nicht nur eine Drohung der Rechten. Steigende Staatsschuld wird nicht mehr akzeptiert – zu Recht. Ein lange bestehender breiter Konsens gerät ins Rutschen. Wie soll es weitergehen?

Das Verdienst der Studie von Rainer Roth liegt deshalb vielleicht ungewollt gerade darin, daß er mit seinen eigenen Schwächen auch die Schwächen von vielen anderen Linken – gerade auch marxistischen Linken – bloßlegt. Vielleicht löst das eine notwendige Debatte aus.

Zum Beispiel darüber, was Staat und Steuer eigentlich ökonomisch sind (wollte nicht auch Marx einen vierten Band schreiben zum Staat?). Und darüber, wie die Linke sich zu beidem verhalten sollte. Gar keine Staatsschulden aufnehmen, kann nicht vernünftig sein. Aber was dann? Wieviel Schulden? Unter welchen Bedingungen? Bis zu welchen Grenzen? Alles Fragen, denen sich die Linke stellen muß. Schon allein, weil sie sonst gegenüber der rechten Kampagne für einen „schlanken Staat“ und gegen die auch auf der politischen Rechten zunehmenden Stimmen, die für eine Rückführung der Staatsschuld plädieren, keine eigene Position hat. In den USA hat bekanntlich die Rückführung der Staatsschulden schon begonnen.

Bei Gelegenheit dieser Debatte könnte dann auch ein anderer Fehler, der in der Studie an vielen Stellen zu Tage tritt, korrigiert werden. Immer wieder ist nämlich die Rede von der „Logik des Kapitals“. Vermutlich aber ist die damit verbundene Theorie von den „hinter dem Rücken“ wirkenden und auch die Kapitalisten übermäßig beherrschenden Gesetzen, wie sie Marxisten lange vertreten haben, ein Irrtum.

Wenn man die konkrete Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD, in der EU, auf der Welt, wenn man Sieg des imperialistischen Westens über den RGW beachtet, wirkt das Festhalten an dieser Idee einer die konkreten Kapitalisten beherrschenden „Logik des Kapitals“ auch irgendwie komisch. Wir sollten besser davon ausgehen, daß wir es auch auf der Gegenseite von bewußt handelnden, planvollen Subjekten zu tun haben. Kohl, Reagan, Thatcher, Henkel, Stihl, Schrempp und wie sie alle heißen, waren und sind planvolle Täter, Subjekte, nicht von der „Logik des Kapitals“ Getriebene.

Lektüreempfehlung

Über die Achtung und Würdigung der Opfer

In Ergänzung zu dem Artikel in den letzten *Politischen Berichten* „... grenzt an eine Verhöhnung der Opfer“ möchte ich über das Buch *Abschied* von Bert Hellinger berichten, in welchem Familienaufstellungen von Nachfahren von Tätern und Opfern dokumentiert werden.

Bert Hellinger hat in seiner Arbeit mit Kranken eine besondere therapeutische Methode entwickelt: In einer Gruppe wählt die betroffene Person für die lebenden und auch die toten Mitglieder ihrer Familie Stellvertreter aus dem Kreis der Anwesenden und stellt sie dann aufmerksam, ganz nach dem inneren Gefühl, in Beziehung zueinander. Sobald die Stellvertreter ausgewählt und aufgestellt sind, fühlen sie wie die wirklichen Personen der Familie, ohne daß sie über diese Personen etwas wissen. Für die Lebenden ist das nachprüfbar, für die Toten nicht. Doch die Wirkung, die von den Toten ausgeht, was sie empfinden, legt nahe, daß sie in dem System anwesend sind. Bert Hellinger hält sich bei diesen Aufstellungen strikt an das, was wahrnehmbar ist, er geht rein phänomenologisch vor und enthält sich jeder Versuchung, diese Phänomene zu erklären. Marx hat in seinen frühen Schriften einen ähnlichen Rat gegeben: „Das gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch. Alle Mysterien, welche die Theorie zum Mystizismus verleiten, finden ihre rationale Lösung in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis.“ Dies nur, um Voraussetzungen, die möglicherweise unter den Lesern der *Politischen Berichte* verbreitet sind, etwas entgegenzusetzen.

„Seit Jahren bin ich in meinen Kursen für Kranke den Folgen von Schicksal und Schuld im Leben von Tätern und Opfern aus der Zeit des Nationalsozialismus begegnet. Mit ihnen mußte ich mich den Tätern und Opfern in ihren Familien stellen und versuchen, im Einklang mit ihnen das Leid für ihre Nachkommen zu mildern und vielleicht zu beenden. Dieses Buch dokumentiert diese Versuche. Dabei kommen sowohl die Überlebenden und die Nachkommen zu Wort als auch die Schuldigen und die Toten. Denn diese Begegnungen werden hier nicht nur erzählt, sondern wie in einem Drama auch dargestellt ...“ (aus der Einführung)

Da ist oft eine Krankheit von Überlebenden oder ihren Nachkommen – völlig unbewußt – eine Solidarität aus tiefer Verbundenheit und Liebe mit den Umgekommenen. Hellinger nennt dies die sog. magische Liebe, die meint, sie könne durch eigenes Opfer die Toten wiedererwecken, ihr Schicksal teilen und dadurch erleichtern. Bei den Aufstellungen zeigt sich, daß die Toten voller Liebe auf die Lebenden blicken und traurig sind, wenn aus ihrem schweren Schicksal immer

weiteres Unglück folgt. Oft ist aber die Krankheit leichter auszuhalten als die Trauer und der Schmerz, der aber löst und die Opfer versöhnt.

Nachfahren von Tätern ertragen manchmal eine Krankheit, um die Schuld mitzutragen, statt sie bei dem zu lassen, der in diese Schuld verwickelt ist und dem dieses Schicksal zuzumuten ist, der selber dazu stehen und die Konsequenzen tragen muß (Ausschluß aus dem System), wenn er seine Würde als Mensch bewahren will. Es kommt auch vor, daß Nachfahren von Tätern aus Solidarität mit diesen ähnlichen Haltungen einnehmen, „ich bin wie Du“, sagen sie innerlich und völlig unbewußt zu einem Großvater etwa.

Die Schuld oder der Tod der Opfer kann aber nicht dadurch abgemildert werden, daß ein Nachfahre leidet, das ist unmöglich. Bei den Aufstellungen zeigt es sich, daß das Sich-Stellen der Wirklichkeit, wie sie war, ohne sie beschönigen zu wollen, heilsam ist. Heilsam auch im Hinblick auf die Entwicklung von Kraft für Neues.

Rache statt Trauer hat auch schlimme Folgen. Rache fühlt sich völlig im Recht, stellt sich über andere und geht wieder „über Leichen“, unterbricht die unheilvolle Geschichte nicht. In einer faschistischen Gesellschaft zu leben und als Mensch zu überleben, ist extrem schwer. Sich dann aber heute über die Täter zu entrüsten, als sei man selber ihr Opfer geworden, statt auf die Toten zu schauen und ihnen die Ehre zu geben und um sie zu trauern, übersieht, daß es auch schicksalhafte Verstrickungen in Schuld gibt. Durch den Hinweis auf den Widerstand und den einen oder anderen mutigen Wehrmachtsoffizier (siehe Bundestag) läßt sich die Schuld der Täter auch nicht mindern.

Die Trauer um die Opfer ist etwas Persönliches, und es entsteht dann in den Personen die Kraft zum guten Handeln. Wenn das als nationale Aufgabe abgehandelt wird, verschwindet die Trauer. „Wenn ein Deutscher in die Gedenkstätte für die Opfer des Holocaust in Jerusalem geht und sieht, was den Opfern angetan wurde, dann ist er in der Regel so erschüttert, daß er weint. Das ist so schrecklich, daß er gar nicht anders kann, als um die Opfer zu weinen. Wenn aber jemand zu ihm sagt: „Du bist ein Deutscher“, kann er nicht mehr weinen, selbst wenn er persönlich völlig unschuldig ist.“ (S. 25) Das Mahnmal in Berlin z.B. sollte dem trauernden Gedenken an die Opfer dienen, das wäre fortschrittlich, und nicht eine Manifestation von leerer „nationaler Verantwortung“ für die Greuel des Faschismus werden, die den Blick statt auf die Opfer auf die Nation richtet und dadurch zur Fortsetzung dieser Geschichte beiträgt.

sul

Bert Hellinger, *Der Abschied. Nachkommen von Tätern und Opfern stellen ihre Familien, Carl-Auer-Systeme, Verlag 45,- DM*

Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Einladung
zur Frühjahrskonferenz, 13./14. März 1999
in Köln, Jugendgästehaus

Beginn: Samstag 13. März 1999, 13 Uhr
Ende: Sonntag, 14. März 1999, 13 Uhr

Vorbereitet werden folgende Themenkreise:

Für das Plenum:

Europapolitik: Welche Chancen und Aufgaben bestehen für eine anti-militaristische Außen- und Friedenspolitik in Europa

Politische Berichte: Zusammen mit dem Arbeitskreis Politische Berichte, Konzeptdiskussion

Für die Arbeitskreise:

Bildungsarbeit: Diskussion eines Kursangebotes, wie es sich aus praktischen Erfahrungen der letzten Jahre abzeichnet. Vorbereitung Christiane Schneider, Jörg Detjen

Friedenspolitik: Die Expansionspolitik der Westmächte in Ost/Südosteuropa und die Folgen. Vorbereitung Hardy Vollmer, Emil Hruska

Wirtschaftspolitik: Wertlehre und subjektivistische Preistheorie. Eine theoretische Frage und seine Bedeutung für die Konzeption reformerischer und alternativer Wirtschaftspolitik. Vorbereitung Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

**Detaillierter Tagesordnungsvorschlag
in der nächsten Ausgabe.**

Organisatorische Hinweise: Am Samstag besteht um 12 Uhr die Möglichkeit zu einem Mittagessen (nur nach Anmeldung). Die Arbeitsgemeinschaften werden gebeten, umgehend eine Liste der Teilnehmenden an Jörg Detjen, (c/o GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73) zu schicken, damit Materialien verschickt werden können. Außerdem muß auf der Liste die Anzahl der Übernachtungen und der Essenswünsche gemeldet werden.

Für das Präsidium
Brigitte Wolf

ADRESSE AUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

20. Februar: 13 Uhr: *Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis „Kurdistan-Rundbrief“ in Köln*, Jugendgästehaus. Nähere Infos bei GNN-Verlag Berlin.

20. Februar: Freiheit für Mumia Abu-Jamal. Bundesweite Demonstration in Hamburg.

27. /28. Februar: *Bundesweite Konferenz der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrantinnen in Oldenburg*. Kontakt: The Voice (Africa Forum) Jena – Tel: 03641-449304 – Fax: 03641-420270

6./7. März 1999: *Bundesparteitag der PDS in Suhl* (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

23. Mai 1999: *Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten*

28. Mai 1999: *50. Bundesparteitag der F.D.P. in Bremen*

4./5. Juni 1999: *EU-Rat in Köln*. Die Bun-